

FOTO: KARL KLÜHSPIES

Bürgerbeteiligung, Partizipation, Ehrenamt – die Begriffsaddition des Schwerpunktthemas unserer diesmaligen STANDPUNKTE-Ausgabe zeigt, dass es nicht ganz einfach ist, das zivilgesellschaftliche Engagement von Bürgerinnen und Bürgern um das Gemeinwesen und eigene Belange begrifflich eindeutig zu fassen. Der Vielfalt der Begriffe entspricht die thematische Spannweite der Themen dieser letzten STANDPUNKTE-Ausgabe im Jahre 2015, die als Doppelheft zugleich auch die erste Ausgabe im Jahre 2016 ist. Neben unserem Schwerpunktthema bürgerschaftlichen Engagements berichten wir auch über die Tätigkeiten unserer Arbeitskreise. Insbesondere möchten wir unsere Leserinnen und Leser auf das Buch „München – nicht wie geplant“ von Karl Klühspies, dem Mitbegründer des Münchner Forums, aufmerksam machen, welches auch die Herausgeberschaft übernommen hat. Das Buch wird Anfang Dezember erscheinen. Wir werden es in der Seidlvilla am 14. Dezember präsentieren.

Wir wünschen unseren Leserinnen und Lesern eine geruhsame Zeit, frohe Festtage und ein gutes Neues Jahr 2016 – das sich vom alten Jahr 2015 bitte nicht allzu viel abschauen möge.

DETLEV STRÄTER 1. VORSITZENDER DES PROGRAMMAUSSCHUSSES

Inhalt:

Themenschwerpunkt: Bürgerbeteiligung, Partizipation und Ehrenamt

München – nicht wie geplant
Das neue Karl Klühspies-Buch 2

München Transparent –
Informationsplattform für Bürger 6

Bürger an München beteiligen:
Wie geht das? 8

Was kann die Bürgerschaft zu einer nachhaltigen
Entwicklung beitragen? 10

Vom „Ich“ zum „Wir“
Münchner Bürgerinitiativen vernetzen sich 12

Bürgerschaftliche Partizipation in München: Zur
besonderen Qualität der Münchner Bezirksausschüsse 13

„Es ist leichter als man denkt“ 16

Bürgerbeteiligung aus der Quartiersperspektive:
Das Beispiel Ackermannbogen 18

Bayerische Ehrenamtskarte – aber nicht in München 20

Sendlinger Straße als Fußgängerbereich – Durchbruch
nach fünfzig Jahren!? 22

Herbst 2015: „Die Theresienwiese wird
wieder grün.“ Frühjahr 2015: „Die Theresienwiese soll
wieder blühen.“ 24

Wer finanziert den ÖPNV in Zukunft? 25

„Brücken-Allianz Giesinger Berg“ im Münchner Forum
gegründet 26

Leserbrief Von Pasing direkt zum Flughafen ! 11

Konzertsaal-Debatte geht in die
Schlussgerade 27

Ankündigungen:

Einladung zur Buchpräsentation:
Karl Klühspies: München NICHT wie geplant 2

München nicht wie geplant 5

Münchner Abreisskalender 26

Impressum 17

München – nicht wie geplant

Das neue Karl Klühspies-Buch über „Stadtpolitik, Bürgerwille und die Macht der Medien“

„München – NICHT wie geplant“ – Nicht wie geplant? Kaum zu glauben, dass München ungeplant entstanden sein soll. Wer durch die Stadt geht, nimmt die tradierten, vielfach klassizistisch gestalteten Straßenanlagen und Gebäude vielmehr als durchkomponiertes städtisches Siedlungsgefüge wahr. Zu recht. – Jedoch: Hätten Stadtpolitik und Stadtverwaltung in den 1960er, 70er und 80er Jahren ihre damaligen Vorstellungen und Planungen ohne oder gegen bürgerschaftlichen Widerstand durchsetzen können, wäre vieles von dem, was heute die Nutzungsvielfalt und Ästhetik der Stadt ausmachen und worauf Stadtpolitik, Verwaltung und auch Bürgerschaft gerne stolz verweisen, den Um- und Ausbauplänen jener Modernitätsvorstellungen der Nachkriegszeit zum Opfer gefallen.



Einladung zur Buchpräsentation: Karl Klühspies: München NICHT wie geplant

Das Münchner Forum und der Franz Schiermeier Verlag stellen das Buch „München NICHT wie geplant. Stadtpolitik, Bürgerwille und die Macht der Medien“ vor. Mit Alt-Oberbürgermeister Christian Ude und Autor Karl Klühspies. Der Münchner Architekt und Stadtplaner Karl Klühspies hat sich bereits in den 60er Jahren gegen den autogerechten Umbau Münchens nach dem Vorbild der amerikanischen Städte engagiert und ist für viele Bürgerinitiativen eine wichtige Leitfigur. In diesem Buch sind die vielfältigen bürgerschaftlichen Aktionen in München über einen Zeitraum von ca. 25 Jahren mit zahlreichen Erläuterungen, Dokumenten, Presseberichten zusammengestellt – ein eindrucksvolles Beispiel für erfolgreiches bürgerschaftliches Engagement und Widerstand – von der Rettung der Seidl-Villa bis zum Konflikt um den Ausbau von Altstadttring und Isarparallele.

**Montag, 14.12.2015, 18 Uhr, Seidlvilla,
Nikolaiplatz 1 b**

Der Generalverkehrsplan von 1958 und der erste Stadtentwicklungsplan von 1963, der sog. „Jensen-Plan“, bildeten die Blaupausen für die Absicht, München für das aufkommende Automobilzeitalter mobilitätsadäquat, das hieß außerhalb der Altstadt vor allem autogerecht umzubauen und die innere Stadt vornehmlich als Einzelhandels- und Dienstleistungszentrum zu profilieren – zulasten der angestammten Wohnbevölkerung und jener vor den Zerstörungen des 2. Weltkriegs bis dahin bewahrten historischen Bausubstanz. Der westliche Altstadttring, die Untertunnelung des Prinz-Carl-Palais, die autobahnähnlich ausgebaute Ifflandstraße entlang der Isar waren Vorboten einer Umgestaltungswel-

le. In deren Verlauf hätten u.a. die auf München ausgerichteten Autobahnen bis auf den Altstadttring weitergeführt werden sollen – breite Schneisen in die gewachsene Bausubstanz schlagend. Dagegen regte sich der Widerstand der Bürger, zunächst im kleinen Kreis von Architekten, Stadt- und Verkehrsplanern und Studierenden – vor allem organisiert im „münchner bauforum“ –, die sich gegen die Funktionalisierung der Stadt zugunsten des Geschäftslebens und des Autoverkehrs und zulasten der Stadt als Lebensraum wandten. Auch dadurch angeregt bildeten sich Initiativen von Bürgerinnen und Bürgern, einig im Kampf gegen gravierende Abriss- und Umbaupläne in ihren Nachbarschaften. Ihnen gelang es, ihren

Protest in der Öffentlichkeit wirksam kundzutun. Der Konflikt um die richtigen Wege der weiteren Stadtentwicklung polarisierte sich zwischen Stadtpolitik und Stadtverwaltung auf der einen und einer kritischen Bürgerschaft auf der anderen Seite, zumeist wohlwollend begleitet von der Lokalpresse. Früher als andere Vertreter von Stadtpolitik und -verwaltung erkannte der damalige Oberbürgermeister Hans-Jochen Vogel die Brisanz des Konflikts, auch eingedenk der seit 1966 laufenden Vorbereitungen der Olympischen Sommerspiele 1972 in München. Er nahm die Anregung zur Bildung des „Münchner Diskussionsforums für Entwicklungsfragen (Münchner Forum)“ auf und forcierte seine Gründung im Jahre 1968 – ein Novum in der bürgerschaftlichen Teilnahmelandchaft in der Bundesrepublik. Das „Münchner Forum“ besteht seitdem als Plattform, die von wichtigen stadtgesellschaftlichen Organisationen, interessierten Personen und von Unternehmen getragen wird, zur Diskussion und Auseinandersetzung um Stadtentwicklungsfragen zwischen Stadtpolitik, Stadtverwaltung und Bürgerschaft. Sie wird zum nicht unwesentlichen Anteil auch materiell getragen von der Landeshauptstadt München.

Dieses Buch richtet sich an eine planungspolitisch, planungshistorisch und an bürgerschaftlichen

– exemplarisch am Beispiel Münchens, das damit zum Modell für viele andere Städte in Deutschland wurde und auch das bundesdeutsche Planungsrecht modifizierte.

Karl Klühspies, der Verfasser dieses Buches, ist Akteur, Protagonist und Zeitzeuge dieser entschei-



Das untertunnelte Prinz-Carl-Palais

FOTO: KARL KLÜHSPIES

denden Phase der Stadtentwicklung in München. Er war als Architekt, Stadt- und Verkehrsplaner einer der kritisch-kreativen Köpfe und Sprachrohr des „bauforums“. Er und seine Mitstreiter Karl Assmann, Helmut Borchert, Theodor Henzler, Helmut Schöner und Kim Wallenborn haben das „münchner bauforum“ gegründet, aus dem auf Initiative von Oberbürgermeister Hans-Jochen Vogel, zusammen mit der Stadt München und öffentlichen Institutionen, eben später das „Münchner Forum“ entstand. Fast sein gesamtes berufliches Leben hat Karl Klühspies dem Kampf gegen eine geschichtsvergessene, zerstörerische Planungspolitik in München gewidmet und sich für den Erhalt eines lebenswerten Gemeinwesens nach menschlichem Maß eingesetzt.

„München – NICHT wie geplant“ – Der Titel des Buches ist auch eine Erwiderung auf die Ausstellung samt Katalog „München wie geplant“ der Landeshauptstadt München anlässlich des 850. Stadtgeburtstages über die bauliche Entwicklung der Stadt von ihren Anfängen 1158 bis 2008. So umfassend der Themenbogen dieser bemerkenswerten Ausstellung auch war, so wurden doch die bürgerschaftlichen Widerstände, Konflikte und Kämpfe wie im Vorbeigehen nur knapp erwähnt – jene Konflikte, die die bis heute so entscheidende Phase der Stadtentwicklung ab den 1960er Jahren prägten. Damals konnten viele der Planungen und Maßnahmen verhindert werden, mit denen das historische Gesicht und der Stadt- und Lebensraum Münchens ansonsten



ARCHIV: KARL KLÜHSPIES

Ali Mitgutsch /Aktion Maxvorstadt

Interventionen interessierte Leserschaft. Es schildert anhand konkreter Planungskonflikte, wie bürgerschaftlicher Unmut, Protest, Widerstand bis hin zur intelligenten Renitenz ein neues Verhältnis von Stadtpolitik, planender Verwaltung und einer Partizipation einfordernden Bürgerschaft geschaffen hat



Demonstrationszug in der Leopoldstraße

den damaligen Vorstellungen von moderner Stadt- und Verkehrsgestaltung geopfert worden wären. Diese Widerstände und Kämpfe in diesen Jahrzehnten führten letztlich auch zu einer Änderung der Planungskultur in der Stadt: weg von obrigkeitlich-technokratischen, der sozialen Sphäre weitgehend entrückten Planungsverfahren hin zu einer Annäherung an das Verständnis von demokratisch legitimierter Planungspolitik im Dialog mit Nutzern, einer aufmerksamen Bürgerschaft und einer kritischen Öffentlichkeit – zumindest ihrem Anspruch nach. „München – NICHT wie geplant“ will darauf aufmerksam machen, dass entgegen offizieller Darstellung sich München eben nicht so entwickelt hat „wie geplant“ – geplant war anderes in jenen Jahren. Vieles konnte verhindert werden.

Dieses Buch soll auch die nachwachsende Generation – nicht zuletzt die Stadtpolitiker- und Planergeneration – daran erinnern, dass die Entscheidungen, die sie heute treffen, auf Grundlagen aufsetzen, die vielfach in langen, mühseligen und Kraft raubenden Auseinandersetzungen zwischen Stadtplanung, Stadtpolitik, Investoren und kritischer Bürgerschaft errungen wurden. Für die Protagonisten des bürgerschaftlichen Widerstands jener Zeit, für

Karl Klühspies und seine Mitstreiter im „bauforum“, später „Münchner Forum“ und in vielen lokalen Initiativen, waren diese Konflikte mit der Stadtpolitik und Stadtplanung mit hohen beruflichen und persönlichen Risiken verbunden: Als Architekten, Verkehrs- und Stadtplaner waren viele von ihnen von städtischen Aufträgen wirtschaftlich abhängig. Und Stadtpolitik und -verwaltung taten das Ihre, um ihren Kritikern und Streitern um die besseren Lösungen das Leben möglichst schwer zu machen. War man es bis dahin doch gewohnt, dass die besten Zukunftsideen für die Stadt allein in den dafür zuständigen Amtsstuben geboren wurden. Die damaligen Amtsträger reagierten unmittelbar mit der Verweigerung weiterer Aufträge und mittelbar durch Einflussnahme auf mögliche private Auftraggeber der Protagonisten. Für nicht wenige Mitstreiter von Karl Klühspies engten sich dadurch ihre beruflichen und sozialen Überlebenschancen in München in einer Weise ein, dass sie ihr berufliches Fortkommen anderswo suchen mussten. Und Sympathisanten der Planungskritiker innerhalb der Stadtverwaltung, auch die gab es, fanden sich in Aufgabenbereichen wieder, in denen ihre Verwaltungskarriere zum Stillstand kam.

Mit dem Untertitel „Stadtpolitik, Bürgerwille und die Macht der Medien“ unterstreicht Karl Klühspies, dass der bürgerschaftliche Protest nicht so erfolgreich gewesen wäre, wenn die lokale Presse diese Kämpfe um den Erhalt eines lebenswerten Münchens und gegen seine technokratische Zurichtung nicht wohlwollend begleitet und damit ihnen eine



Die Rettung der Münchner Straßenbahn

positive Konnotation in der öffentlichen Wahrnehmung verschafft hätten. Dies hervorzuheben ist eines der Anliegen dieses Buches. Dem Text ist anzumerken, wie viel Engagement und Herzblut hinter seinen Sachdarstellungen steckt. Doch bei aller Emphase ist

es dem Verfasser wichtig, dass seine Schilderungen der Ereignisse auch wissenschaftlichen Maßstäben gerecht werden, dass alle seine Darstellungen und Bewertungen quellenbelegt sind. Dabei kann der Verfasser bei diesen tagesaktuellen Ereignissen jener Zeit natürlich nicht auf wissenschaftliche Abhandlungen in Archiven zurückgreifen, selbst wenn einige der hier geschilderten Planungsabfolgen inzwischen auch wissenschaftliche Beachtung gefunden haben. Es sind vor allem Planungsdokumente, Presseartikel, Schriftverkehr, Ratsinformationen, Flugblätter, Fotografien, Grafiken, „graue Literatur“, Aufklärungsschriften aus unterschiedlichsten Quellen und vieles mehr aus jener Zeit, die der Verfasser über Jahrzehnte hinweg gesammelt, systematisiert und kommentierend beschrieben hat und hier nun erstmals im Zusammenhang präsentiert. In ihrer Zusammenschau entsteht für den Leser ein vielfältiges, differenziertes und somit eindringliches Bild jener für die Stadtentwicklung weichenstellenden Ereignisse in den 1960er bis 1990er Jahren. Dem Leser wird eine quellenreiche, meinungsstarke Analyse jener Phase der Münchner Stadtentwicklung ausgebreitet, die in dieser Weise ohne Vorbild ist. (...)

Karl Klühspies (* 1928) erhielt für seine Verdienste 1977 die Theodor-Heuss-Medaille der Theodor-Heuss-Stiftung, die zur Förderung bürgerschaftlicher Initiative und Zivilcourage verliehen wird, sowie im Jahre 1988 in der Ägide von Oberbürgermeister Georg Kronawitter die Medaille „München leuchtet – den Freundinnen und Freunden Münchens“ in Gold für besondere Verdienste um München. Für das Münchner Forum ergibt sich mit der Herausgabe seiner Manuskripte die bescheidene, aber willkommene Gelegenheit, die Person Karl Klühspies, der im 9. Lebensjahrzehnt immer noch aktiv und kritisch das Stadtentwicklungsgeschehen begleitet, und seine jahrzehntelange Arbeit zu würdigen, dafür zu danken und dies der Öffentlichkeit in ihm gebührender Weise kund zu tun.

FRITZ WICKENHÄUSER, DETLEV STRÄTER

Auszug aus dem Vorwort des Münchner Forums

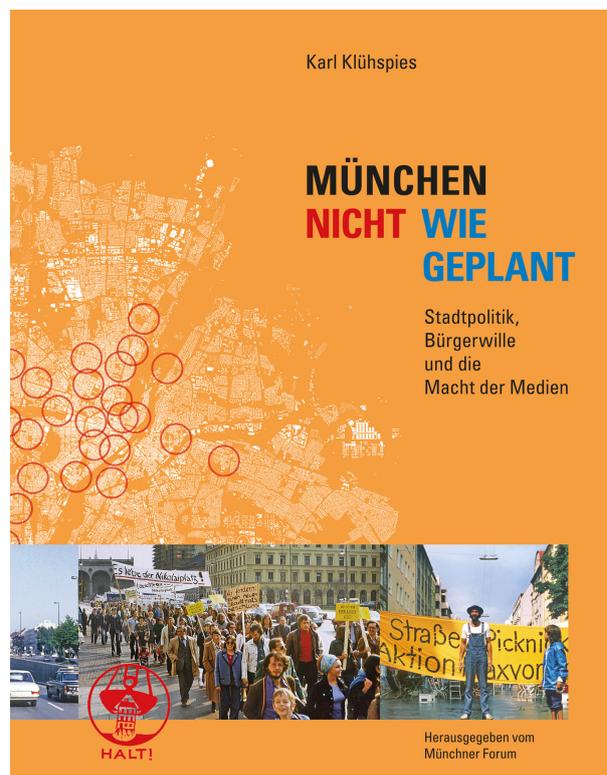
Prof. Dr. Fritz Wickenhäuser ist I. Vorsitzender und Dr. Detlev Sträter ist I. Vorsitzender des Programmausschusses des Münchner Forum e.V.

Ankündigung

München nicht wie geplant

Stadtpolitik, Bürgerwille und die Macht der Medien

Der Münchner Architekt und Stadtplaner Karl Klühspies hat sich bereits in den 1960er Jahren engagiert gegen den Umbau Münchens zu einer „autogerechten Stadt“ gewandt und wurde in den folgenden Jahren durch seine Recherchen und wissenschaftlichen Publikationen für Bürgerinitiativen und Protestaktionen zu einer Leitfigur dieser Bewegungen. U.a. konnte Mitte der 1960er Jahre der geplante Ausbau des Altstadtrings zu einer Art Stadtautobahn weitgehend verhindert werden, ebenso der Durchstich der „Isarparallele“ nach Süden, der die Zerstörung der westlichen Isarpromenade bedeutet hätte. Aus den Konflikten um die Tunnelführung der Prinzregentenstraße unter dem Prinz-Carl-Palais, was nicht mehr verhindert werden konnte, entstand schließlich mit Unterstützung des damaligen Oberbürgermeisters Hans-Jochen Vogel das „Münchner Diskussionsforum für Stadtentwicklungsfragen“, das Münchner Forum. Karl Klühspies gehörte zu den Gründungsmitgliedern und ist seitdem einer seiner wichtigsten Protagonisten.



In dem Buch „München – nicht wie geplant“ breitet Karl Klühspies die wichtigsten Beispiele der bürgerschaftlichen Aktionen und Bewegungen über einen Zeitraum von ca. 30 Jahren mit zahlreichen Dokumenten, Bildern, Presseartikeln und weiteren Erläuterungen bis in die jüngste Vergangenheit aus. Er zeigt eindrucksvoll, dass die Stadt München sich eben nicht wie geplant entwickelt hat, sondern dass durch das weltweit beachtete bürgerschaftliche Engagement und den teils heftigen Widerstand vieles verhindert werden konnte, was heute ganz wesentlich zum positiven Charakter der Stadt München beiträgt.

Karl Klühspies wurde für sein stadtplanerisches

Engagement 1977 mit der Theodor-Heuss-Medaille ausgezeichnet und erhielt 1988 die Medaille „München leuchtet“ in Gold.

*Karl Klühspies – München nicht wie geplant
Stadtpolitik, Bürgerwille und die Macht der Medien
Herausgegeben vom Münchner Forum
Erscheinungsmonat: Dezember 2015*

*Jetzt bestellen beim Franz Schiermeier Verlag oder im
Buchhandel ISBN 978-3-943866-25-4*

Preis: 24,50 Euro

<http://www.stadtatlas-muenchen.de/karl-kluehspies-muenchen-nicht-wie-geplant.html> 

München Transparent – Informationsplattform für Bürger

Will eine Kommune nicht als autoritärer Obrigkeitsstaat auftreten, gilt es, die Bürgerinnen und Bürger der Stadt frühzeitig in die Entscheidungen einzubeziehen. Das funktioniert nur – und das klingt erst einmal trivial –, wenn alle betroffenen Personen auch rechtzeitig wissen, was angedacht oder auch schon geplant wird, wie der jeweilige Planungsstand ist, was die Rahmenbedingungen sind und welche Handlungsmöglichkeiten es gerade gibt. Gerade bei Themen größerer Bedeutung spielt dabei die Tagespresse eine wichtige Rolle, flankiert von sozialen Medien. Doch je lokaler ein Thema ist, desto mehr stößt das Prinzip an seine Grenzen: ob die Straße vor der eigenen Haustüre zu einer 30 km-Zone umgewandelt wird, mag für einen selbst sowie die Sicherheit der eigenen Kinder eine große Rolle spielen – für die Tagespresse wird es aber möglicherweise doch zu kleinteilig sein.

Für Bürgerinnen und Bürger sind dabei zwei Aspekte besonders wichtig: will man etwas an den bestehenden Umständen ändern – im Beispiel oben also die Höchstgeschwindigkeit herabsetzen lassen – muss es klar kommunizierte Stellen geben, an die man sich wenden kann. Soll man sich also an die Polizei wenden oder an den Stadtrat, an das Kreisverwaltungsreferat (KVR) oder den Bezirksausschuss?

Sollte ein solches Vorhaben dann tatsächlich geprüft werden, muss einerseits angesichts der oft recht langen Bearbeitungszeiten immer klar sein, was der aktuelle Stand ist und wie es weitergeht. Andererseits müssen aber auch die restlichen Betroffenen informiert werden – im Beispiel oben also unter anderem die Anwohnerinnen und Anwohner der fraglichen Straße. Das nämlich ist der zweite Aspekt: die Stadt muss proaktiv in angemessener Form über Planungen informieren.

Nur was heißt hier angemessen? Im Münchner Stadtrat und den Bezirksausschüssen alleine kursieren monatlich zigtausende Seiten an Dokumenten.

Wäre den Bürgerinnen und Bürgern geholfen, ihnen all das einfach zuzuschicken oder es einfach unkommentiert online zu stellen? Nun sicher, besser als gar nichts wäre das Onlinestellen. Und man muss der Stadt München zugute halten, dies in Form des „Ratsinformationssystem“ (RIS) auch teilweise zu tun (bei den Stadtratsdokumenten umfassend, bei den Bezirksausschüssen noch ausbaufähig): über 150.000 Dokumente sind darüber bereits abzurufen. Im Vergleich zu vielen anderen Kommunen ist das schon vorbildlich. Doch davon auszugehen, dass Interessierte täglich auf der Suche nach für sie relevanten Informationen das Archiv durchstöbern, ist schlicht unrealistisch – zumal das Münchner Ratsinformationssystem selbst von Stadträtinnen und Stadträten mitunter als zu kompliziert und unpraktisch empfunden wird.

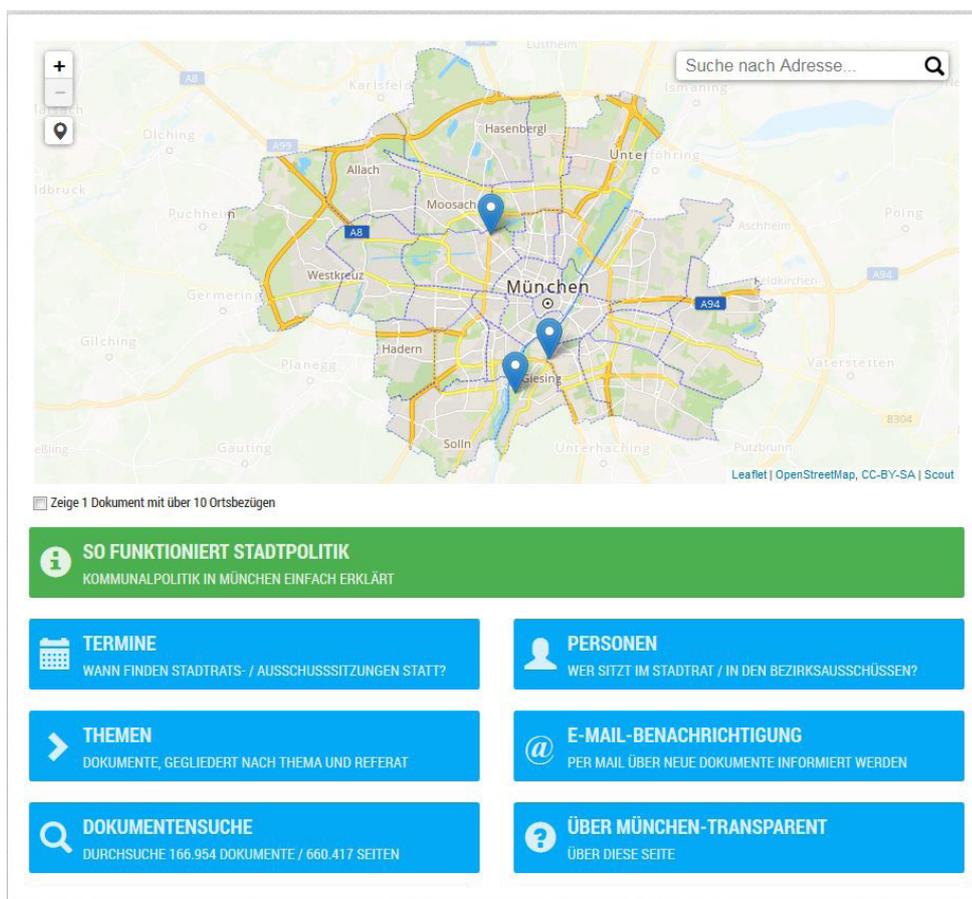
Die private Online-Plattform „München Transparent“ (www.muenchen-transparent.de ) , betrieben von der Open Knowledge Foundation, zeigt hier einen Lösungsansatz. Sie greift auf die Daten des

öffentlich zugänglichen Ratsinformationssystem zu, bereitet denselben Datenbestand aber deutlich anschaulicher auf und ergänzt ihn um bessere Recherchemöglichkeiten und vor allem personalisierbare Benachrichtigungen. Interessierte Bürgerinnen und Bürger können sich dadurch automatisch per E-Mail benachrichtigen lassen, sobald neue Dokumente veröffentlicht werden, die entweder bestimmte Stichworte enthalten oder aber eine Adresse, die in der Nähe des eigenen Wohnorts liegt. Auf diese Weise erfährt man einerseits von Planungen in der unmittelbaren Umgebung, die vielleicht zu klein sind, um es in die lokalen Zeitungen zu schaffen, und von

wurde: Tobias Hößl, Konstantin Schütze und Bernd Oswald. Auf 500 bis 600 Stunden Programmierarbeit schätzt Tobias Hößl dabei die Arbeit, die er im Zeitraum von drei bis vier Jahren in das Projekt gesteckt hat – vom Aufbereiten des städtischen Datenbestands (der mit Abstand komplizierteste Teil) über die E-Mail-Benachrichtigungs-Funktion bis hin zur rechtlichen Klärung mit der Stadtverwaltung. Die Münchner Stadtverwaltung zeigte sich dabei immerhin recht aufgeschlossen, auch wenn es zu konkreter technischer Unterstützung dann doch nicht gereicht hat.

Perfekt läuft es dabei an vielen Stellen noch nicht:

gerade die Auswertung, auf welche Orte in München sich ein Dokument genau bezieht, ist noch recht fehleranfällig, da sie nur auf Ähnlichkeit einzelner Wörter zu Straßennamen basiert. Und einige Hürden bleiben natürlich und lassen sich auch nicht direkt technisch lösen: zum einen kann auch „München Transparent“ nur über Dokumente informieren, die von der Stadt auch aktiv veröffentlicht werden – es ist weder eine Leaking-Plattform noch eine Plattform für aktive Anfragen an die Stadt nach dem Informationsfreiheitsgesetz. Und schließlich erreicht auch „München Transparent“ nur Bürgerinnen und Bürger, die



Startseite der homepage ‚München Transparent‘

Themen, die einen besonders interessieren – ohne von der großen Flut aller Dokumente erschlagen zu werden.

Darüber hinaus bereitet München Transparent auch viele der Informationen des Ratsinformationssystems einfacher auf und bietet eine Einführung in die Funktionsweise der Kommunalpolitik. Der größte Mehrwert liegt aber in der aktiven Benachrichtigung.

Bemerkenswert ist „München Transparent“ vor allem auch deshalb, weil es sich um eine rein ehrenamtliche Initiative handelt, die im Wesentlichen von drei Programmierern und Journalisten entwickelt

auch von der Plattform wissen, sich aktiv angemeldet haben und ihre Interessen hinreichend genau in Form von Suchbegriffen und -orten angegeben haben.

Das Ideal wäre, dass ein vergleichbarer Dienst von der Stadt selbst angeboten würde – mit redaktionell betreuten Daten und nicht zuletzt natürlich auch der Möglichkeit, Menschen zu erreichen, die keine Online-Dienste verwenden. Aber das ist wohl noch Zukunftsmusik.

TOBIAS HÖSSL

Tobias Hößl ist selbstständiger Web-Entwickler und Programmierer der Internetseite ‚München Transparent‘. Er ist Mitglied im Bezirksausschuss 25 (Laim).

Bürger an München beteiligen: Wie geht das?

Einen Überblick über alles, was in München an Bürgerbeteiligung geschieht, kann vermutlich niemand geben. Es geht schon damit los, dass „Bürgerbeteiligung“ keine eindeutige Definition hat: Für die einen ist eine gründliche Information der Einwohnerschaft schon Teil davon, für die anderen gehört auch jedes Engagement in Ehrenamt und Freiwilligenarbeit dazu. In dieser Sicht sind auch die Mitglieder der Bezirksausschüsse und des Stadtrats beteiligte Bürgerinnen und Bürger. Sind Bürgerinitiativen ein Teil der Bürgerbeteiligung? Begonnen hat Bürgerbeteiligung in München, unterstützt von „oben“, vom damaligen Oberbürgermeister Dr. Vogel, mit dem Münchner Forum. Es ist selbst eine Form der Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern und tritt seit vielen Jahren für noch viel weitergehende Bürgerbeteiligung ein und unterstützt diese.

Vielleicht wird das Verfahren zur Entwicklung einer städtischen Satzung/Leitlinie für Bürgerbeteiligung etwas Differenzierung und Klarheit bringen. Die Vorbereitung scheint allerdings Fokus und Form immer wieder zu ändern, und noch ist zu wenig bekannt, ob und wie Bürgerinnen und Bürger sowie Fachleute für Bürgerbeteiligung eingebunden werden.

Die Realität ist: Es gibt zahlreiche Beteiligungsprojekte vieler städtischer Referate. Zur Realität gehört auch, dass Bürgerbeteiligung quer durch die Fraktionen im Stadtrat unterschiedlich gesehen wird: was Bürgerbeteiligung ist und wann, wie intensiv und wo sie eingesetzt werden soll. Es gibt in Politik und Verwaltung der Stadt nicht nur Freunde der Bürgerbeteiligung, sondern auch Vorbehalte, teilweise wegen eines gewissen Absicherungswunsches gegenüber zu treffenden Entscheidungen. Eine große, gemeinsame Linie „der Landeshauptstadt“ ist dabei für den Verfasser nicht zu erkennen – aber vielleicht ist Vielfalt hierbei auch ein guter Weg. (Oder es fehlt dem Verfasser der Überblick, siehe oben.) Eines scheint erkennbar zu sein: dass Bürgerbeteiligung lieber bei wenig strittigen Themen und Projekten eingesetzt wird und dass manche heißen, strittigen Dinge lieber ohne Bürgerbeteiligung, ja als „Chefsache“ durchgezogen werden. Hier wäre aber oft der größte Nutzen guter Bürgerbeteiligung zu gewinnen: bürgernahe, sachgerechte Lösungen – mit der sehr erwünschten Nebenwirkung einer Befriedung und besseren Zusammenarbeit.

Die Bürgerbeteiligungs-Projekte haben häufig Versuchs- und Pilotcharakter. Man probiert Verschiedenes aus. Ob und inwieweit die Erfahrungen wirklich, vielleicht sogar systematisch gesammelt und aufgegriffen werden, lässt sich nicht erkennen.

Neue Verfahren werden eingesetzt – es scheint sich noch keines so bewährt zu haben, dass man es wieder verwendet.

Die Stadtentwicklungs-„Perspektive München“ hat Ziel- und Leitvorstellungen erarbeitet, wie wir unser München wünschen. Das ist für die Stadtentwicklung enorm wichtig. Die Beteiligungsbasis blieb teilweise begrenzt, wie manche Beteiligte berichtet haben. Wie wirksam die Ergebnisse sind, wer kann es wirklich beurteilen? Vielleicht bräuchte es mal eine andere Art von „Beteiligungs-Controlling“:



Gelände des künftigen Landschaftsparks Freiham

FOTO: WOLFGANG FÄNDERL

im Sinne von Berichten, was nun daraus geworden ist. Das Referat für Stadtplanung und Bauordnung hat im Mai berichtet, was für konkrete Folgen das Bürgergutachten zum Kunstareal München bis dahin hatte.

Am besten beschreibt man das, was man gut kennt – die eigene Arbeit: hier die Bürgerbeteiligung zum Landschaftspark Freiham. Im äußersten Westen Münchens wird ein 60 Hektar großer neuer Park entstehen. Das Baureferat hat dazu eine Bürgerbe-

teilung in mehreren Schritten in Auftrag gegeben. Deutlich wird das Bemühen, breite Kreise einzubinden und verschiedene Organisationsformen zu kombinieren:

- die interessierte Öffentlichkeit mit einem Informationsabend und einem Informationstag, mit Vorträgen, Thementischen, Busrundfahrten über das



FOTO: WOLFGANG FÄNDERL

Busrundfahrt über das Gelände des künftigen Landschaftsparks Freiham



FOTO: HILMAR STURM

Grundlagenwerkstatt der Bürgergruppe, im Jugendzentrum Neuaubing

Gelände und Möglichkeiten, Wünsche und Ideen einzubringen (Mai 2015)

- eine Fokusgruppe mit Kindern und Jugendlichen (Mai 2015)
- eine Fokusgruppe mit Einwohnerinnen und Einwohnern, die eine Staatsbürgerschaft eines Nicht-EU-Staates besitzen (November 2015)
- eine schriftliche Umfrage unter eintausend im Zufallsverfahren bestimmten Einwohnerinnen und Einwohnern mit einem bemerkenswert großen Rücklauf von Fragebögen (Juni/Juli 2015)
- eine Bürgergruppe, die wiederum besteht aus
 - Personen ab 13 Jahren, die im Zufallsverfahren aus den vier benachbarten Stadtbezirken ausgelost worden sind, und
 - Vertreterinnen und Vertretern von Vereinen und

Organisationen in diesen Stadtbezirken, die thematische Berührungspunkte zum Landschaftspark haben.

Die Bürgergruppe hat bereits im Oktober 2015 einen ganzen intensiven Arbeitstag lang Grundlagen für den Konzeptwettbewerb gelegt. Hier zeigt sich, dass Gräben weitgehend überwunden, Notwendigkeit, ja Regelmäßigkeit der Bürgerbeteiligung als Grundgedanke akzeptiert sind. Deshalb ist es auch möglich, Bürgerbeteiligung mit einem Fachplaner-Wettbewerb zu verzahnen, und das mit dem Segen der Architektenkammer. Die gleiche Bürgergruppe wird sich im Frühjahr bei der Preisrichter-Vorbesprechung mit dem Preisgericht austauschen und dann auch bei der Entscheidung über die Preise beratend tagen.

Das mehrstufige Verfahren für den Landschaftspark Freiham bringt Breite und Tiefe, zugleich aber auch Aufwand – für die Verwaltung, für die unabhängigen Durchführungsträger und auch für die beteiligten Bürgerinnen und Bürger. Denn Ergebnisse verschiedener Verfahrensteile sind zusammenzufassen und in andere Verfahrensschritte einzuspeisen – ohne den dort Beteiligten Vorgaben zu machen. Mit steigender Komplexität wird es schwerer zu erkennen, welche Ergebnisse auf welche Weise in welche Entscheidungen und Gestaltungen eingeflossen sind. Wobei man als Moderator verblüfft feststellt, dass auch Stadtratsbeschlüsse manchmal vierzig Jahre brauchen, bevor sie Wirklichkeit werden (zur Verkehrsführung im jetzigen Kunstareal München).

München hat mehr Einwohner als die EU-Mitgliedsstaaten Estland, Luxemburg, Malta und Zypern. Es ist klar, dass Bürgerbeteiligung nicht heißen kann, immer alle 1,5 Millionen Menschen zu aktivieren. Deshalb plädiert der Autor hier wiederholt für das Zufallsverfahren. Es sorgt dafür, dass jede und jeder die gleiche Chance hat und dass Menschen aus allen Gruppen und Schichten mitwirken. Fast jede Moderations- und Arbeitstechnik lässt sich damit verbinden. Und schon beim alten Aristoteles war der Begriff der Demokratie mit dem Losverfahren verbunden.

HILMAR STURM

Prof. Dr. Hilmar Sturm ist Professor für Verbands- und Stiftungsmanagement an der Dualen Hochschule Baden-Württemberg in Heilbronn. Daneben ist er freiberuflich tätig als Organisator und Moderator von Beteiligungs- und Dialogverfahren in der Gesellschaft für Bürgergutachten (gfb), München. Er ist Mitglied im Münchner Forum.

Was kann die Bürgerschaft zu einer nachhaltigen Entwicklung beitragen?

Technikentwicklung und städtische Infrastrukturen

Angepasst, energieeffizient, lebenswert – das sind typische Etiketten, die gegenwärtig Projekte der Stadtentwicklung oftmals dekorieren. Als „postpolitisch“ beschreibt demgegenüber die kritische Stadtforschung Formen der Stadtentwicklung, in der die beteiligten Interessen weder transparent gemacht noch verhandelt, entwickelt oder balanciert werden. Vielmehr suggerieren technokratische Management- und Steuerungsstrategien, dass es gar keinen Entscheidungsspielraum gäbe. Unsozial kann dabei sein, dass soziale Gesichtspunkte ökonomischen oder technischen „Sachzwängen“ weitgehend fraglos untergeordnet werden.

Städtische Infrastruktursysteme sind das Rückgrat unseres modernen Lebens und Wirtschaftens, und sie bestimmen auch die Grundvoraussetzungen einer nachhaltigen Stadtentwicklung. Als wesentlicher Treiber der heutigen Infrastrukturentwicklung gelten die neuen digitalen Möglichkeiten und ihre Steuerungsleistungen, insbesondere smart interfaces als Möglichkeiten der digitalen Schnittstellenkoordination. Dennoch ist die heutige Infrastrukturentwicklung zu komplex und zu bedeutsam für die Zukunft unserer Städte, um sie Technik und Ingenieuren allein zu überlassen. Auch den BürgerInnen reicht es immer häufiger nicht, nur als Endnutzer oder KundInnen in den Blick genommen zu werden. Versuche, Stadtentwicklung im Modus des technokratischen Managements voranzutreiben, scheitern daher immer häufiger an der Ablehnung der Bevölkerung und werden letztlich weder die sozialen noch die ökologischen Hoffnungen erfüllen.

Wie lässt sich dann die gemeinsame Gestaltung der Stadtentwicklung von Politik, Verwaltung, Wirtschaft und Zivilgesellschaft erneuern? Dazu wird schon viel versucht, und München hat gerade einen umfassenden Agendaprozess hinter sich. Es gibt aber eine merkwürdige Diskrepanz: Wenn Techniker über Infrastrukturen sprechen, tun sie dies auf der Basis vieler Zahlen und im Rückgriff auf Szenarien. Sie betrachten Rohrleitungssysteme, Verkehrsflüsse, Logistikkosten und viele weitere Zahlen.

Wenn BürgerInnen eingeladen werden, sich zu beteiligen, sitzen sie in Gemeindesälen und haben nur Worte. Dabei kennt die Digitalisierung viel mehr Möglichkeiten. Die gleichen Big-Data-Ströme, die multinationale Unternehmen so gerne nutzen möchten, um die Energieversorgung „optimaler“ zu steuern, könnten auch Partizipationsprozesse und die Ko-Kreation der sozio-technischen Stadtstrukturen unterstützen.

Die Abbildung unter folgendem Link abrufbar

(http://www.ascr.at/wp-content/uploads/2015/08/ASCR_Smart-User_d-fin-1024x659.jpg) zeigt, wie so genannte Smart meter („intelligente Zähler“) und weitere Sensoren dafür genutzt werden, um die Anbieterseite zu informieren, und zwar minutengenau, wie der Stromverbrauch der betrachteten Haushalte mit und ohne Kinder aussieht, durch welche Geräte er wann und wo erzeugt wird, wie dabei die Raumtemperatur ist, die Wassernutzung aussieht und die Luftqualität. Die NutzerInnen, als „smart user“ bezeichnet, können die gleichen Daten visualisiert und verschlüsselt im Internet sehen. Wenn sie darüber hinaus bereit sind, sich befragen zu lassen, sammeln sie Punkte, die später von ihren Energierechnungen abgezogen werden. Aber mitgestalten, Angebot und Bedarf auch aus ihrer Sicht aufeinander beziehen, können sie nicht. Noortje Marres entwirft in ihrem Buch mit dem Titel „Material Participation“ (2015) eine darüber hinausgehende Vision.

In der Kernaussage legt sie nahe, die vielen digitalen Möglichkeiten auch für Partizipationsverfahren zu nutzen. Der Smart meter wäre dann nicht „a spy in your home“, sondern ein Hilfsmittel, um ökologische und bedarfsgerechte Versorgungsstrukturen gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern zu entwickeln. „Smart City Ansätze“, warnt der Stadtplaner Johannes Novy, leisten „der Machtexpansion technokratisch-industrieller Eliten sowie Tendenzen der Entpolitisierung und Entdemokratisierung Vorschub“, einer technologischen Stadtentwicklung „losgelöst von gesellschaftlichen Bedingungen und sozialen Hoffnungen“ (2015: 50).

Damit Städte sich klimagerecht, energieeffizient, lebenswert sowie demokratisch und sozial entwickeln, müssen die verschiedenen Interessen, Belange und Bedarfe sichtbar gemacht, aufeinander bezogen und die Art und Weise ihrer Befriedigung verhandelbar gemacht werden. Hier sollten Forschung und Entwicklung ansetzen, wie Luque-Ayala & Marvin



FOTO: SPOTLIGHT

Intelligenter Zähler

(2015) fordern. Ein sozial-ökologischer Zukunftcheck könnte entsprechende Meinungsbildungsprozesse unterstützen.

Glaut man der im Januar 2015 im anerkannten wissenschaftlichen Journal *Science* veröffentlichten Analyse einer internationalen Wissenschaftlergruppe am Stockholm Resilience Center, sind in vier von neun Bereichen die Grenzen des sicheren Handlungsbereichs bereits überschritten, dazu gehören natürlich der Klimawandel, aber auch die Landnutzung und die globalen Phosphor- und Stickstoffkreisläufe.

Die Zukunft der Städte im Anthropozän, ein begrifflicher Vorschlag des Chemie-Nobelpreisträgers Paul Crutzen für das gegenwärtige Zeitalter seit etwa 1800, in dem die Umweltbedingungen menschengemacht sind, ist vielleicht weniger offen, als viele glauben.

Anstatt die Städte zum folgenblinden Labor zu machen, müssen wir versuchen, die intendierten und nicht-intendierten Folgen der Infrastrukturentwicklung zu erfassen und zu diskutieren. Denn bislang fehlen belastbare Ergebnisse zu allen relevanten Fragen, nicht einmal der ökologische Beitrag von Smart-City-Visionen ist erwiesen (Luque-Ayala & Marvin 2015).

CORDULA KROPP

Ausschnitte aus dem Vortrag, den Cordula Kropp, Professorin an der Fakultät für angewandte Sozialwissenschaften der Hochschule München und Mitglied im Münchner Forum, im Rahmen der Münchner Wissenschaftstage 2015 gehalten hat. Der vollständige Vortrag kann auf der Webseite des Münchner Forums als Blog-Beitrag gelesen werden.

Zum Weiterlesen

Andres Luque-Ayala & Simon Marvin (2015). *Developing a critical understanding of smart urbanism?* In: *Urban Studies* 52/12: S. 2105-2116.

Noortje Marres (2015): *Material Participation. Technology, the Environment and Everyday Publics*. New York: Palgrave Macmillan. Paperback-Edition.

Johannes Novy (2015): *Smart Cities – Wunsch oder Alptraum?* In: *Politische Ökologie* 142: S. 46-52.

Leserbrief

Von Pasing direkt zum Flughafen !

Die SZ berichtete am 13.11.2015, dass nach langer Pause wieder über eine bessere Flughafen-Anbindung gesprochen werde. Aber auch ein „Airport-Express“ auf der S 1 ab Hauptbahnhof über Laim bringt uns doch nicht wirklich weiter – das Umsteigen am Hauptbahnhof oder in Laim bleibt!

Warum baut man nicht endlich eine direkte Verbindung aus dem Münchner Westen direkt in den Norden und zum Flughafen ohne Umsteigen in Laim oder gar am Hauptbahnhof? Die Trasse der „Pasing-Kurve“ gibt es seit Jahrzehnten. Man könnte eine direkte S-Bahn von Pasing über U-Moosach und U-Feldmoching zum Flughafen fahren lassen.

Der ganze Südwesten und Westen der Region und der Landeshauptstadt hätte eine schnelle und direkte Verbindung, die Stammstrecke würde wegen der Verknüpfung mit zwei U-Bahnen (in Moosach und Feldmoching) entlastet und bei S-Bahn-Problemen auf der Stammstrecke gäbe es eine leistungsfähige Ausweichmöglichkeit. Warum wird für eine solche Verbindung nicht wenigstens eine Kosten-Nutzen-Rechnung erstellt? Warum starrt man auf die 2. Stammstrecke wie das Kaninchen auf die Schlange und tut gar nichts? Ist den Planern das Nachdenken politisch verboten?

HANS HERDE, GAUTING

Vom „Ich“ zum „Wir“

Münchner Bürgerinitiativen vernetzen sich

„Ich bestimme das“ – dieser Ausspruch von einem Kind, das in einer Schülergruppe auf dem Weg zur Schule war, ließ mich letzte Woche aufhorchen und schmunzeln. Dieses Anspruchsdenken „Ich bestimme das“ habe ich auch in den letzten Jahren als Sprecherin einer Bürgerinitiative erlebt, und zwar in der Kommunikation mit politischen Entscheidungsträgern und Mitarbeitern der Stadtverwaltung. Diese Art des Umgangs mit Bürgern ließ mich aufmerksam werden, und ich stellte mir folgende Fragen: Welche Stellung hat die Bürgermeinung in München? Darf Dialogverweigerung von politischen Mandatsträgern tatsächlich ausgeübt werden?

Das Thema Bürgerbeteiligung wirft viele Fragen in der Kommunikation mit Politik und Verwaltung auf. Was bedeutet Beteiligung wirklich? Auf welche Bereiche bezieht sie sich? Und mit welcher Qualität findet Bürgerbeteiligung statt? Welche Akteure gibt es und wie sind sie legitimiert? Hierzu gibt es bereits bundesweite Aussagen. Eine Beteiligung ohne die Möglichkeit der Mitwirkung und Mitentscheidung der Bürger ist definitiv keine Beteiligung.

che Gegenüberstellungen? Allein das neue Bauprojekt Hauptbahnhof München, so wie es jetzt geplant ist, verschlingt einige Milliarden Euro. Eine konkrete Aussage zur Finanzierung gab es übrigens auf der Veranstaltung auch nicht. Ist es nicht unsere Pflicht als Bürger, hier aufzuhorchen, da sich dieses gewaltige Finanzierungsvolumen unweigerlich auf andere künftige Stadtentwicklungsprojekte auswirken wird?

Eine neue Bewegung von Bürgern macht sich auf

den Weg, um die Rahmenbedingungen für Bürgerbeteiligung zu verbessern. Sprecher und Sprecherinnen von inzwischen 20 Bürgerinitiativen, die schon jahrelang in München für ihre Ziele kämpfen, haben sich vernetzt. Uns reicht die Bürgerbeteiligung mit dieser Qualität in München nicht. Mitwirkung ist momentan nur in ausgesuchten Prozessen möglich, meistens ohne Entscheidungsrelevanz, verbindliche Mitentscheidung ist noch gar nicht möglich.

Wir wollen deshalb unsere Erfahrungen als Bürgerinitiativen nutzen und die Qualität der Bürgerbeteiligungskultur in München untersuchen und analysieren.

Qualitätskriterien, wie die Bewertung der Information, der Transparenz, der Effizienz und Effektivität, aber auch der Kompetenz und die Bewertung von Auswirkungen sollen dafür die Grundlage liefern.

Um die Analyse der Bürgerbeteiligungsstruktur wollen wir uns ebenfalls kümmern. Dazu werden wir weitere Fragen stellen, wie beispielsweise: Reicht ein Rederecht von 5 Minuten pro Bürger einmal im Jahr auf einer Bürgerversammlung? Welche verbindlichen Dialogformate gibt es für Münchner Bürger? Welche politischen Entscheidungsträger sind bereit, Macht an Bürger abzugeben, allein schon in der Art der Kommunikation, die oftmals nicht auf Augenhöhe stattfindet.



FOTO: ANKE SPÖNER

Gründungsveranstaltung BürgerBündnis München

Reine Informationsveranstaltungen werden oft als Bürgerbeteiligungsveranstaltungen angepriesen, in Wirklichkeit handelt es sich meistens um reine Marketingveranstaltungen. Ein Beispiel dafür war ganz aktuell die Info-Veranstaltung über die Neuplanung des Münchner Hauptbahnhofs. Die Informationen waren nach meinem Ermessen weder umfassend, konkret noch transparent. Die Bürger konnten zwar Fragen auf Handzetteln stellen, diese wurden dann allerdings selektiert und vorgelesen. Ausgearbeitete Alternativen, wie z.B. die Planung des neuen Hauptbahnhofs unabhängig von dem Projekt des S-Bahn-Tiefentunnels sind erst gar nicht angesprochen worden. Aber haben wir als Bürger nicht ein Recht auf sol-

Der Weg in München könnte heißen: „Wir bestimmen das!“ und nicht „Ich bestimme das!“

Voraussetzung dafür wäre die Bereitschaft und die Fähigkeit zum Dialog, von allen Beteiligten.

Die Mitglieder des BürgerBündnisses wollen sich dafür einsetzen, dass die Kommunikation zwischen allen Akteuren in der Politik, Verwaltung, Wissenschaft und Wirtschaft auf Augenhöhe und rechtzeitig zusammen mit den Münchner Bürgern zu hochwertigen Stadtentwicklungslösungen beiträgt und alle Bürger Münchens teilhaben können. Die Rahmenbedingungen dafür müssen allerdings noch geschaffen werden. Ohne unser Engagement als Bürger werden wir sie nicht bekommen. Wir haben deshalb in der Bürgerversammlung Sendling-Westpark einen Antrag gestellt, eine Diskussionsreihe mit verschiedenen Foren für Münchner Bürger einzurichten. Er wurde mehrheitlich angenommen.



Karte Münchner Bürgerinitiativen

FOTO: ANKE SPONER

BürgerBündnis München – Wir stellen Fragen und reden mit!

MARION KUTSCHER

Marion Kutscher ist Sprecherin des BiBAB96 München www.bibab96-muenchen.de und des BürgerBündnis München www.buergerbuendnis-muenchen.de

Bürgerschaftliche Partizipation in München: Zur besonderen Qualität der Münchner Bezirks- ausschüsse

Der Volksentscheid vom 1. Oktober 1995: Ein politisch-administrativer Quantensprung vor zwanzig Jahren. Wer sich mit der Entwicklung der Münchner Bezirksausschüsse vertieft befassen möchte und deren Arbeitsweise, Akzeptanz bei Bürgerschaft, Stadtrat und Verwaltung sowie deren Einfluss auf die Stadtpolitik analysieren und quantifizieren will, tut sich schwer. Weder verwaltungswissenschaftliche Fakultäten noch Sozialgeographen oder Historiker haben sich bisher der Entwicklungsgeschichte der Münchner Stadtteilvertretungen angenommen. Allein bei Soziologen und im Bereich der Politischen Wissenschaft ist ein gewisses Interesse festzustellen. Diese stiefmütterliche Behandlung überrascht, sind die Bezirksausschüsse in München doch wesentliches Element bürgerschaftlicher Selbstverwaltung. Die Entwicklungsformen der Partizipation in der repräsentativen Demokratie einer Großstadt lassen sich bei diesen „lokalen Organen der Landeshauptstadt München“ über die Nachkriegszeit, die Wiederaufbauphase und die „APO-Zeit der 68er“ hinweg bis zum heutigen Verhältnis zur Bürgerinitiativ-Bewegung exemplarisch nachvollziehen.

Nach jahrelangen wissenschaftlichen und politischen Diskussionen über das Gewicht plebiszitärer Elemente in der repräsentativen Demokratie veränderte sich durch den Volksentscheid vom 1. Oktober 1995 die kommunalpolitische Landschaft in Bayern grundlegend. Durch ein „Volksgesetz“ verschafften sich die Bürger ein wichtiges Mitentscheidungsrecht

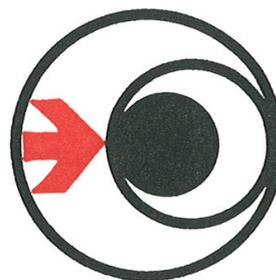
in Form des Bürgerentscheids. Manche bezeichneten damals den 1. Oktober 1995 als „schwarzen Tag für die kommunale Selbstverwaltung“, wobei verkannt wurde, dass die Veränderung des Kräfteverhältnisses zwischen Mandatsträgern und „Stimmvolk“ überwiegend positive Aspekte aufweist. Die bisher nur durch politische Zweckmäßigkeit und partielle ge-

richtliche Nachprüfbarkeit begrenzte Machtvollkommenheit der „Repräsentanten“ musste sich nun mit dem Instrument des „Bürgerentscheids“ zwischen den Wahltagen hinterfragen lassen. Ob sich daraus in den letzten zwanzig Jahren eine neue Kultur des Überzeugens, neue Formen des Umgangs zwischen Mandatsträgern, Verwaltung und Bürgern entwickelt haben, bedarf einer gründlichen Untersuchung.

Besonders mit Blick auf die Münchner Bezirksausschüsse ist eine solche wissenschaftliche Analyse im Zusammenhang mit dem Volksentscheid überfällig. Für sie brachte der 1. Oktober 1995 im wahren Sinn des Worts eine wirklich „entscheidende“ Fortentwicklung. Durch den Volksentscheid und das damit „vom Volk des Freistaats beschlossene Gesetz“ erhielt die grundlegende Bestimmung des Art. 60 BayGO (=Bayerische Gemeindeordnung) wieder eine Fassung, die es dem Münchner Stadtrat ermöglichte, den über Jahrzehnte bewährten Gremien Entscheidungsrechte zu übertragen. Damit stellte der Volksentscheid jene Rechtslage wieder her, welche die Schöpfer der Bayerischen Gemeindeordnung bereits 1952 geschaffen hatten. Mit der unmittelbaren Wahl der Bezirksausschüsse wurde nunmehr die uneingeschränkte demokratische Legitimation der Mitglieder der Bezirksausschüsse hergestellt. Bis dahin wurden die BA-Mitglieder auf Vorschlag der Parteien vom Stadtrat berufen. Jedoch musste die Mitgliedschaft vom Stadtrat aberkannt werden, wenn das BA-Mitglied von seiner Partei nicht mehr als Vertreter anerkannt wurde. Damit drohte der Verlust des kommunalen Ehrenamts, wenn das BA-Mitglied – aus welchen Gründen auch immer – der Partei nicht mehr genehm war. Der ungute Zustand, durch eine einseitige Entscheidung eines Parteigremiums die Beendigung des kommunalen Mandats herbeiführen zu können, widersprach dem Wesen des kommunalen Ehrenamts. Erstmals 1996 hatte die Münchner Bürgerschaft die Möglichkeit, neben den Mitgliedern des Stadtrats auch die Mitglieder der Bezirksausschüsse unmittelbar zu wählen. Letztere erhielten dadurch die uneingeschränkte demokratische Legitimation.

Für die Münchner Bezirksausschüsse brachte also das Jahr 1995 einen politisch-administrativen „Quantensprung“. Die 1995 bewirkte Stärkung des lokalen ehrenamtlichen Elements im Bereich der Stadtteilvertretungen stellt ein notwendiges und ausgleichendes Gegengewicht gegenüber „dem Rathaus“ dar. Ein lebendiges demokratisches Gemeinwesen kann auf den Freiraum für Eigen- und Mitverantwortung der Bürger, das daraus erwachsende Engagement und den eingebrachten Sachverstand nicht verzichten. Denn: „Die großstädtischen Verwaltungsapparate ha-

ben sich zu zentralisierten und spezialisierten Mammutbehörden entwickelt, deren nicht selten orts- und landfremde Beamtenschaft den Anliegen und Bedürfnissen der ihr unbekanntem Bürger weit fremder gegenübersteht wie die mit den Verhältnissen ... vertrauten Landratsämter. ... Die großstädtische Bevölkerung durch eine lebendigere Fühlungnahme wieder näher an den Staat heranzuführen, muss heute als die



**MÜNCHNER
FORUM** Münchner
Diskussionsforum für
Entwicklungsfragen e.V.

Einladung

Bezirksausschüsse in München: Vom Anhörungsgremium zum Stadtteilparlament?

Dienstag, 21. Februar 1984
19.30 – 21.30 Uhr

Gaststätte Lohengrin
Türkenstraße 50
8000 München 40

Einladung: Bezirksausschüsse in München; von 1984

Aufgabe einer auf Fundierung der Staatsordnung im Wege der Demokratisierung bedachten Staatsregierung angesehen werden“. Mit diesen ungewöhnlich deutlichen Worten setzte sich der Bayerische Ver-

Zum Weiterlesen

Klaus Bäumler, *Die Bezirksausschüsse in München: Vom Distriktskommissar zum kommunalen Entscheidungsorgan. Ein historisch-aktueller Überblick*, in: *Bayerische Verwaltungsblätter* 1999, S. 644 – 650. Der Aufsatz mit ausführlichen Quellenhinweisen wird ins Netz gestellt auf dem *Gemeinschafts-Portal der Münchner Bezirksausschüsse*, das von Dr. Georg Kronawitter aus Trudering betreut wird, aufrufbar: <http://www.ba-muenchen.info>

Heli Aurich, *Partizipation an der Stadtplanung in: Social Strategies. Monographien zur Soziologie und Gesellschaftspolitik*, Band 2, Basel 1976. Diese Basler Dissertation ist heute noch lesenswert. In die Reihe der *Fallbeispiele für Initiativen* ist das *Münchner Forum* aufgenommen. Die *Münchner Bezirksausschüsse* finden im Rahmen der sog. *nicht-plebiszitären Regelungen* in den *Gemeindeordnungen der Bundesländer* (noch) keine Erwähnung.

Rolf Mantler, *Partizipatorische Stadtentwicklungspolitik. Erläutert an Münchener Fallbeispielen*, Frankfurt u.a. 1982. Mantler unternimmt es, *Möglichkeiten partizipatorisch erweiterter Demokratie im kommunalen Bereich auszuloten und Bedingungen für die Realisierung herauszuarbeiten*. Die Arbeit ist in *mehrfacher Hinsicht heute noch von Bedeutung*. Als *erstes Fallbeispiel* wählt Mantler die *Bürgerinitiative Aktion Maxvorstadt*. Im *zweiten Fallbeispiel* befasst sich Mantler mit der „*partizipativen Politisierung*“ der *Münchner Bezirksausschüsse*. Das „*Münchner Forum* unter besonderer Berücksichtigung des *Bürgerkomitees Altstadt-Nordost*“ analysiert Mantler als *drittes Fallbeispiel*. Die *speziell auf München ausgerichtete Untersuchung* zeichnet sich *dadurch aus, dass der Autor als „teilnehmender Beobachter“ ein Mann der Praxis war, selbst im damaligen Bezirksausschuss 27 (Milbertshofen – Am Hart, heute BA 11) sowie im Münchner Forum mitgearbeitet hatte, über enge Kontakte zur Aktion Maxvorstadt und einen fundierten Einblick in die damaligen Reformdiskussionen der Münchner SPD verfügte*.

waltungsgerichtshof Anfang der 1950er Jahre für die Stärkung des lokalen-bürgerschaftlichen Elements in der Großstadtverwaltung ein.

Die Münchner Bezirksausschüsse haben sich seit ihrer Gründung im Jahr 1947 als Mittler zwischen Bürger und „Rathaus“ bewährt. Sie erarbeiteten sich bei Mitbürgern, Verwaltung und Mandatsträgern Ansehen und Wertschätzung. Nicht von ungefähr

gelten die Bezirksausschüsse als die besten Schulen der „Erziehung zur Demokratie“ und bieten die intensivsten Möglichkeiten für Information und Partizipation.

Es spricht für die neue Qualität der Münchner Stadtteilvertretungen, dass Mitglieder der Staatsregierung für „ihren“ Bezirksausschuss kandidieren.

2017 blicken die Münchner Bezirksausschüsse auf siebenzig Jahre ihres Bestehens zurück. Es wäre dem heutigen Stellenwert der ehrenamtlichen Arbeit der Münchner Bezirksausschüsse angemessen, wenn aus Anlass dieses Jubiläums eine von der Stadt München beauftragte Untersuchung durch eine kommunalwissenschaftliche Einrichtung, etwa des DIFU-Instituts vorgelegt werden könnte.

Das DIFU-Institut (Deutsches Institut für Urbanistik, Berlin) hat bereits Anfang der 1980er Jahre eine breit angelegte wissenschaftliche Analyse der Stadtteilvertretungen vorgenommen. Nach über drei Jahrzehnten haben sich viele neue Fragestellungen ergeben:

Wie hat sich die neue Qualität der „erstarkten“ Münchner Bezirksausschüsse in den vergangenen zwanzig Jahren auf Stadtrat und Stadtverwaltung ausgewirkt?

Wie wurde das Durchsetzungspotential und die den Bezirksausschüssen immanente Kontrollfunktion gegenüber dem „Rathaus“ beeinflusst?

Was hat sich durch die 1997 eingerichteten Geschäftsstellen verändert?

Wie haben sich die Durchsetzungskraft der Bezirksausschüsse, ihr Stellenwert und ihr Selbstverständnis seit 1996 gewandelt; wie werden die „erstarkten“ Gremien von der Bürgerschaft und von der Presse wahrgenommen?

Wie hat sich das Kräfteverhältnis zwischen Bürgerinitiativen und Stadtteilvertretungen modifiziert?

Welchen Einfluss hat die digitale Vernetzung und wie kann diese an der Bürger-Basis optimal genutzt werden?

Zur Beantwortung dieser und weiterer Fragen sollte die Landeshauptstadt das bevorstehende Jubiläum der Stadtteilvertretungen zum Anlass nehmen, eine externe Untersuchung durch eine kommunalwissenschaftlich kompetente, unabhängige Institution, wie z.B. das DIFU-Institut, zu beauftragen.

KLAUS BÄUMLER

Klaus Bäumler ist zweiter Vorsitzender des Programmausschusses des Münchner Forums und war drei Jahrzehnte im Ehrenamt Vorsitzender des Bezirksausschusses Maxvorstadt

„Es ist leichter als man denkt“

Im Rahmen der 15. Münchner Wissenschaftstage vom 14. bis 17. November unter dem Generalthema „Städte der Zukunft“ lud das Münchner Forum zu einer gut besuchten Diskussionsveranstaltung rund um das Thema „Wie sieht die Bürgerbeteiligung der Zukunft aus?“

Politikverdrossenheit, Konsumgesellschaft, Interessenlosigkeit – man sagt insbesondere den jungen Bürgern dieses Landes so einiges nach. Meist wird dieses Urteil an der Wahlbeteiligung festgemacht. Die Veranstaltung des Münchner Forums machte eines deutlich: Es gibt viele junge und nicht mehr so junge Menschen, die sich außerhalb der tradierten politischen Pfade sehr engagiert bewegen. Politik ist nicht ausschließlich die Arbeit von Parteien oder als Mandatsträger. Politik ist Anteilnahme und Mitgestaltung – in dem Bereich, der einem wichtig ist. Selbst wenn man sich nur mit einem einzigen Aspekt beschäftigt, kann man – zum Teil sehr nachhaltig – politisch wirksam sein. „Denn politisches Handeln ist soziales Handeln, das auf Entscheidungen und Steuerungsmechanismen aus-

Gespräch beteiligen möchte, nimmt auf einem der freien Stühle Platz und diskutiert mit – eine Möglichkeit, von der rege Gebrauch gemacht wurde. Darüber hinaus wurde die Veranstaltung im Live-Stream im Internet übertragen, den 163 Zuschauer verfolgten.

Nach der Einführung von Detlev Sträter, dem Vorsitzenden des Programmausschusses des Münchner Forums, gab Prof. Hilmar Sturm einen kurzen Überblick über Bürgerbeteiligung als, wie er es nannte, dritte Säule der Demokratie. Danach stellten die geladenen Gäste ihre eigenen partizipativen Projekte vor. Den Anfang machte erneut Prof. Sturm, der das Verfahren des Bürgergutachtens vorstellte. Diese Form der Bürgerbeteiligung ist wohl vielen noch unbekannt. Dennoch gibt es davon mehr, als man denkt. Ein Bürgergutachten enthält die Empfehlungen von Bürgern zu bestimmten, meist vorgegebenen Themen. Die Teilnehmer werden im Zufallsverfahren aus den Melderegistern gezogen. Alle Schichten und Gruppen der Bevölkerung sind vertreten, auch die bisher „schweigende Mehrheit“. Über die Ausführung des Gutachtens entscheidet der Auftraggeber. Ein aktuelles Münchner Beispiel liegt in Freiham, wo ein Landschaftspark mit Hilfe der Bürger entstehen soll. Ein bereits abgeschlossenes Bürgergutachten hat die Stadt München 2013 für das Kunstareal durchführen lassen. Den Film über die Entstehung des Bürgergutachtens findet man unter <https://www.youtube.com/watch?v=RJOjKv2mjlc>. ↗

Ein Bürgergutachten enthält die Empfehlungen von Bürgern zu bestimmten, meist vorgegebenen Themen. Die Teilnehmer werden im Zufallsverfahren aus den Melderegistern gezogen. Alle Schichten und Gruppen der Bevölkerung sind vertreten, auch die bisher „schweigende Mehrheit“. Über die Ausführung des Gutachtens entscheidet der Auftraggeber. Ein aktuelles Münchner Beispiel liegt in Freiham, wo ein Landschaftspark mit Hilfe der Bürger entstehen soll. Ein bereits abgeschlossenes Bürgergutachten hat die Stadt München 2013 für das Kunstareal durchführen lassen. Den Film über die Entstehung des Bürgergutachtens findet man unter <https://www.youtube.com/watch?v=RJOjKv2mjlc>. ↗

Max Brandl stellte das Bonuspunkte-Projekt ‚Karmada‘ vor. Karmada ist ein

gemeinnütziger Verein, der es möglich macht, via App auf dem Smartphone Bonuspunkte zu sammeln und diese anschließend digital zu spenden. Die bekannten, sich meist selbstauflösenden Treuepunktsammelkarten können nun bequem per Smartphone digital durch einen QR-Code bei z.B. dem Kauf eines Kaffees gesammelt werden. Die Dimension nicht verwendeter Bonuspunkte ist erstaunlich: In den USA sollen Treuepunkte im Wert von über 1,4 Milliarden US-Dollar zusammengekommen sein, die nicht abgerufen werden. Hieraus entstand etwa die



FOTO: MELISSA SCHUHMACHER

Fishbowldiskussion mit Lisa Rüffer, Maximilian Heisler, Max Brandl und Moderator Friedeman Karig

gerichtet ist, die allgemein verbindlich sind und das Zusammenleben von Menschen regeln.“

Schon die äußere Form der Diskussionsrunde war dazu angetan, auch das Publikum zum Mitmachen zu animieren. Im sogenannten Fishbowl, eine Methode der Diskussionsführung „wie in einem Goldfischglas“, den der Journalist Friedemann Karig moderierte, sitzen die geladenen Diskutanten in einem Stuhlkreis mit einem oder mehreren freien Stühlen. Das Publikum sitzt um diesen Kreis herum. Wer eine Frage hat oder sich auf andere Weise aktiv am

Idee, die nicht selbst genutzten Bonuspunkte lokal an Bedürftige zu spenden.

Zwei Projekte drehen sich um das brisante Thema Wohnraum in München: Max Heisler stellte das Bündnis Bezahlbares Wohnen vor, ein Zusammenschluss von über 27 Mietergemeinschaften und Stadtteilvereinen, der sich für die Erhaltung bezahlbaren Wohnraums engagiert und von Entmietung Betroffene vernetzt. Die Website www.leerstand089.de, eine gemeinschaftliche Initiative von Max Heisler, Max Brandl und Lisa Ruffer, recherchiert unter Mithilfe von Bürgerinnen und Bürgern leerstehende Wohngebäude und Wohnungen. In Zusammenarbeit mit Eigentümern, Sozialreferat und Lokalbaukommission werden Möglichkeiten eruiert, den Wohnraum wieder nutzbar zu machen.

Dem Wunsch, dass Gärtnern in Zukunft immer selbstverständlicher als Teil urbanen Lebens begriffen werden wird, entsprang die Initiative 'O'pflanz is'. In dem Gemeinschaftsgarten an der Schwere-Reiter-Straße wird inmitten Münchens ökologisch gegärtnert und darüber ein gemeinschaftliches Erleben gefördert.

Den Abschluss in der Vorstellungsrunde machte Christian Seiche mit seinem Projekt 'Guerilla Lighting'. Die Idee ist, Gebäude im öffentlichen Raum mit unangemeldeten Guerilla-Aktionen kurzzeitig zu beleuchten und damit in ein neues Licht zu setzen. Guerilla Lighting will magische Momente schaffen. Gerade diese Initiative zeigte sich als sehr niedrigschwelliges Angebot: Wenn man noch helfende Hände benötigt, spricht man einfach vor Ort Leute an, gibt ihnen lichtstarke Taschenlampen – und sie sind dabei. „Es ist einfacher, als man denkt“, meint Christian Seiche. Das ist oft ein erster Schritt, um Interesse zu wecken, und dann geht es weiter. So funktioniert auch o'zapft is.

Mittlerweile gibt es jede Menge Onlinepetitionen etc. Einfache Möglichkeiten, seiner Meinung Ausdruck zu verleihen. Dagegen „geht Politik immer mehr am breiten Bevölkerung vorbei“, meint Lisa Ruffer. Es ginge darum, Menschen wieder mehr einzubinden und ihnen zu vermitteln, dass es Spaß macht, sich einzubringen. Sie selbst kann sich nur schwer auf eine Partei einlassen, weil sie sich durch keine voll repräsentiert fühlt. Also engagiert sie sich für den Leerstandsmelder 089, der ihr am Herzen liegt. Ebenso wie die anderen Diskussionsteilnehmer. Sie gestalten ihr Umfeld und finden Mitstreiter – über die Grenzen des politischen Spektrums hinweg.

Ein Fazit: Es ist einfacher, als man denkt, Mitstreiter zu finden. Es ist nicht ganz so einfach, sein Anliegen durch die bürokratischen Hürden zu manövrieren. Dennoch lohnt es sich, und jeder einzelne Mitstreiter macht das Projekt schwerwiegender und



FOTO: MELISSA SCHUHMACHER

Veranstaltung: 'Du bist die Stadt'; Wie sieht die Bürgerbeteiligung der Zukunft aus?

gewichtiger. Das Internetzeitalter macht es leichter, sein Projekt zu verbreiten. Aber die Projekte sind doch immer noch analog. Die Bürgerbeteiligung der Zukunft kann zwar nicht ohne Internet auskommen – sie wird sich aber immer in der analogen Welt bewegen. Digital wie analog bleibt die Kommunikation das A und O.

ULRIKE SENGMÜLLER

Ulrike Sengmüller ist freie Journalisten.

IMPRESSUM

Standpunkte ISSN 1861-3004
Münchner Forum e.V., Diskussionsforum für Entwicklungsfragen, Schellingstr. 65, 80799 München
fon 089/282076, fax 089/2805532,
email: info@muenchner-forum.de,
www.muenchner-forum.de
V.i.S.d.P.: Ursula Ammermann

Redaktionsschluss: 24.11.2015

Redaktion: Ursula Ammermann (UA), Klaus Bäuml (KB), Detlev Sträter (DS), Barbara Specht (BS), Georg Kronawitter (GK), Udo Bünnagel (UB),
Layout: Barbara Specht

Wir verfolgen den Fortgang der von uns aufgegriffenen Themen. Der Inhalt dieses Magazins entspricht daher nicht zwingend dem Diskussionsstand in unseren Arbeitskreisen. Sie können Aussagen gern wörtlich oder sinngemäß mit Quellenangabe zitieren. Sollten Sie unsere Standpunkte nicht mehr erhalten oder sie jemandem zukommen lassen wollen, genügt ein Mail an: info@muenchner-forum.de

Bürgerbeteiligung aus der Quartiersperspektive: Das Beispiel Ackermannbogen

Nachbarschaftstreffs unterstützen Bürgerengagement im Wohnumfeld. Sie könnten Zugang zu bislang kaum erreichten Zielgruppen vermitteln. In den derzeit 38 Münchner Nachbarschaftstreffs wird Bürgerbeteiligung nicht als unverzichtbares Element größerer Bau- oder Verkehrsvorhaben praktiziert, sondern im Sinne von Teilhabe und Bürgerengagement im Wohnumfeld. Anders als bei großen Planungsvorhaben werden mit diesem Ansatz quartiersbezogener Bürgerbeteiligung auch benachteiligte Bevölkerungsgruppen erreicht. Könnten davon auch klassische große Bürgerbeteiligungsverfahren profitieren?

Quartierbezogene Bewohnerarbeit: Beispiel Nachbarschaftsbörse Ackermannbogen

Mit Bezug der ersten Häuser im Neubaugebiet Ackermannbogen ging 2005 auch die Nachbarschaftsbörse in Betrieb. Gefördert von Sozialreferat der Stadt München arbeitet die Nachbarschaftsbörse – ebenso wie derzeit 38 weitere Nachbarschaftstreffs im ganzen Stadtgebiet – nach dem Konzept der Quartierbezogenen Bewohnerarbeit, d.h.



FOTO: GÜNTER HÖRLEN

Infostand des Ackermannbogen e.V. beim Quartiersflohmarkt

- Sicherung bzw. Stärkung der Teilhabe aller, v.a. aber sozial benachteiligter Nachbarinnen und Nachbarn,
- bedarfsorientierte und intermediäre Quartiersarbeit, d.h. wir greifen Themen auf, um die sich sonst keiner kümmert,
- Hilfe beim Aufbau komplementärer Strukturen (Spielgruppen, Hausaufgabenhilfe, nachbarschaftliche Assistenz- und Unterstützungsnetze),
- Stärkung des bürgerschaftlichen Engagements im Wohnumfeld, Quartier und Stadtteil.

Am Ackermannbogen wird dies umgesetzt durch

- die Unterstützung bei der Selbstorganisation von Gruppen/Einzelpersonen, die sich für Quartiers- und Nachbarschaftsbelange einsetzen,
- spezifische Angebote für Zielgruppen mit höherem Unterstützungs- und Vernetzungsbedarf, z.B. in Form von Hausaufgabenhilfe für Kinder mit Migrationshintergrund, interkultureller Frauenabend, Selbsthilfe-Treffen für Migrantinnen,
- breit gefächerte Mitmach- und Mitgestaltungsangebote für alle Alters-, Einkommens- und Interessensgruppen, v.a. in den Bereichen Gesundheit, Freizeit, Bildung und Betreuung,
- niedrigschwellige Angebote im öffentlichen Raum, z.B. Flohmarkt, KinderMärkte, AktivFerien, BücherTauschBörse, PublicPicnic,
- Gartenprojekt StadtAcker, ausschließlich mit Gemeinschaftsbeeten zur Stärkung von Integration und Inklusion.

Vom Eigennutz zum Gemeinwohl

Der Name Nachbarschaftsbörse ist Anspruch und Programm zugleich. Mit ihren inzwischen drei Standorten für 6.300 Nachbarinnen und Nachbarn ist „die Börse“ die zentrale Anlaufstelle im Quartier für alle Fragen rund um Nachbarschaft

und Wohnen. Leitmotiv aller Unterstützungsangebote ist immer der Ansatz „Hilfe zur Selbsthilfe“, sprich die Stärkung von Selbstorganisationskräften und Eigenengagement im und für's Wohnumfeld.

Dazu ein Beispiel aus dem Treff-Alltag am Ackermannbogen: Eine Muslima fragt im Quartiersbüro nach, ob es möglich wäre, ein regelmäßiges Treffen für migrantische Nachbarinnen im Quartier zu organisieren. Dank vorhandener Gemeinschaftsräume und Netzwerke der Treffleitung zu anderen Frauen mit Migrationsgeschichte ist so ein Angebot rasch etabliert. Die Themen bei den komplett ehrenamtlich

organisierten Treffen reichen von Erziehungs- über Beziehungsthemen bis hin zu Tipps für Stellen- und Qualifizierungsangebote. Positiver Nebeneffekt: Eine Stärkung des nachbarschaftlichen Miteinanders und der gegenseitigen Unterstützung im Alltag – im Bedarfsfall reicht eine whats-app-Nachricht in die Runde. Viele Teilnehmerinnen dieses Kreises erfahren hier erstmalig den Mehrwert von Engagement, das über unmittelbares Eigeninteresse hinausreicht, und bringen gerne ihre Kompetenzen ein. Beim letzten Treffen erfuhren die Frauen von einer benachbarten Einrichtung für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge. Spontan entschieden sie, diese zum Kochen/ Essen einzuladen. Ein Beispiel von „give back“, Engagement bei einem aktuellen Thema.

In jedem Nachbarschaftstreff in München gibt es Dutzende solcher Beispiele von gelungener Beteiligung im Quartierskontext – ein mit Blick auf breiter angelegte Bürgerbeteiligungsthemen bislang kaum genutzter Erfahrungsschatz.

Handlungsbefähigung im Kleinen als Grundlage für Bürgerbeteiligung im Großen

Der Empowerment-Ansatz der Münchner Nachbarschaftstreffs ermöglicht benachteiligten Menschen im Quartier die Erfahrung von Selbstwirksamkeit. Sie merken, dass es sich lohnt, sich für eigene Belange einzusetzen, und die Vernetzung mit Gleichgesinnten eine große Bereicherung für die eigene Lebensqualität und Wohnzufriedenheit bringt. Sehr oft handelt es sich dabei um Themen, die nicht nur Einzelnen einen Mehrwert bringen, sondern grundlegende Gemeinwohl-Aspekte beinhalten. Die so gestärkte Handlungsbefähigung ist eine notwendige Grundlage für den nächsten Schritt: Beteiligung über persönliche oder wohnumfeldbezogene Anliegen hinaus. Außer einer Anpassung der oft ziemlich akademischen Formate von Bürgerbeteiligungsprozessen braucht es ein „Runterbrechen“ der großen Themen auf alltagsrelevante Zusammenhänge und die kontinuierliche und professionell unterstützte Stärkung von „Wollen“ und „Können“ auf Seiten benachteiligter Gruppen. Letzteres könnte der Beitrag der Münchner Nachbarschaftstreffs zu einer selbstverständlicher praktizierten und breiter verankerten Kultur der Bürgerbeteiligung bei bislang kaum erreichten Zielgruppen sein.

Nachbarschaftstreffs als Akteure quartierbezogener Bürgerbeteiligung

- Nachbarschaftstreffs bieten niedrigschwelligen und professionell unterstützten Zugang zum Thema Bürgerbeteiligung im Quartierskontext.
- Multifunktionale Gemeinschaftsräume im Quartier sind die strukturelle Basis für nachbarschaftliche

Aktivitäten, Begegnung und Vernetzung und damit auch Basis für Teilhabe und Beteiligung.

- Nachbarschaftstreffs ermöglichen vielfältige Erfahrungen von Selbstwirksamkeit, was wiederum die Bereitschaft zu Beteiligung und Engagement für's Gemeinwohl erhöht.

- Nachbarschaftstreffs sorgen für eine Balance zwischen Eigennutz und Gemeinwohl: wer bei eigenen Anliegen unterstützt wird, ist auch eher bereit, sich für Quartiersbelange zu engagieren.

- Nachbarschaftstreffs erhöhen durch ihre quartierbezogenen Angebote die Identifikation mit dem Wohnumfeld und damit auch das Interesse für Quartiers- und Stadtteilthemen.

- Nachbarschaftstreffs identifizieren und „pflegen“ lokale Multiplikatoren, die Zugang zu ansonsten nur schwer erreichbaren Zielgruppen finden (Migranten, Kinder/Jugendliche, Menschen mit Beeinträchtigungen, bildungsferne Gruppen).

- Nachbarschaftstreffs bespielen öffentliche Räume mit niedrigschwelligen Mitmach-Angeboten und bieten damit auch jenen eine Bühne, die sich sonst nicht beteiligen.

Schlussgedanken

Das Beispiel Ackermannbogen zeigt: Bürgerbeteiligung auf Quartiersebene funktioniert und wirkt positiv auf die Entwicklung der Quartiere. Sie ist außerdem auch ein Lernfeld: Bürgerinnen und Bürger aller sozialen Schichten erfahren hier entlang ihrer eigenen Themen den Mehrwert, die Methoden und Potenziale, aber auch die Grenzen von Mitgestaltung und Beteiligung.

Die Münchner Nachbarschaftstreffs agieren an der Schnittstelle zwischen lokalen, lebensweltbezogenen Einzelanliegen und der – angesichts einer immer disparater werdenden Stadtgesellschaft – notwendigen Stärkung von Gemeinwohl und Gemeinwohl. Diese Schnittstelle gilt es zu stärken. Dazu braucht es eine entsprechende konzeptionelle Weiterentwicklung und langfristig gesicherte Ressourcenausstattung der Quartierbezogenen Bewohnerarbeit. Denn: Quartiere und Nachbarschaften sind für wichtige zivilgesellschaftliche Themen wie Bürgerbeteiligung, Inklusion und zeitgemäße Versorgungskonzepte die passende Zugangs- und Umsetzungsebene.

HEIDRUN EBERLE

Heidrun Eberle ist Sozial-Geographin und Moderatorin. Sie leitet die Nachbarschaftsbörse am Ackermannbogen und arbeitet in der Geschäftsführung des Vereins Ackermannbogen e.V. mit (siehe www.ackermannbogen-ev.de). Sie ist darüber hinaus freie Mitarbeiterin beim Institut SIM Sozialplanung und Quartiersentwicklung (www.sim-sozialplanung.de).

Bayerische Ehrenamtskarte – aber nicht in München

Münchner Stadtrat entscheidet abermals gegen die Ehrenamtskarte und für das Projekt „München dankt“

Die Bayerische Ehrenamtskarte

Das Bayerische Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung hat im Frühjahr 2011 die Ehrenamtskarte eingeführt, um beispielhaftes Engagement von Bürgerinnen und Bürgern anzuerkennen. Mit dieser Ehrenamtskarte erhalten die Inhaber/innen bayernweit Ermäßigungen bei Eintritten bzw. Einkäufen. Die Karte ist zeitlich auf drei Jahre begrenzt. Danach kann ein Antrag erneut gestellt werden, wenn die Voraussetzungen weiterhin vorliegen.

Die Auszeichnung „München dankt!“

Mit der Einführung von „München dankt!“ bereits im Jahr 2008 hat die Landeshauptstadt München einen neuen Weg der Anerkennung beschritten, indem mit dem Dank an die Engagierten auch die mit der jeweiligen Tätigkeit verbundenen Kompetenzen anerkannt werden. So wurde es möglich, dass Engagierte diese Urkunde für weitere oder neue Engagements bzw. für Bewerbungen in Ausbildung und Beruf als Referenz verwenden können. Mit Beschluss der Vollversammlung des Stadtrats vom 25.07.2012 wurde als Ergänzung zur Urkunde „München dankt!“ die Einführung eines Gutscheinheftes beschlossen (S-VNr. 08-14 / V09253). Damit besteht bereits eine etablierte und (materiell wie immateriell) werthaltige Auszeichnung.

Vergleich Ehrenamtskarte / „München dankt!“

In der nachfolgenden Tabelle sind die Unterschiede der beiden Auszeichnungsformen dargestellt

Aus dieser Übersicht wird deutlich, dass aufgrund

der wesentlich höheren Voraussetzungen und der Möglichkeit bzw. Notwendigkeit, die Ehrenamtskarte nach Ablauf von drei Jahren erneut zu beantragen, die Einführung der Ehrenamtskarte eine eigene arbeitsintensive Prüfung zur bereits in München bestehenden Auszeichnung „München dankt!“ erfordern würde. Hinzu kommt, dass bei der Ehrenamtskarte die Akquise und Verwaltung der Akzeptanzstellen aufwendig ist, da es eine laufende Fluktuation gibt.

Wie oben dargestellt, ist zu erwarten, dass die Angebote in München überproportional stark durch Engagierte aus anderen Landesteilen wahrgenommen werden, so dass mit der Ehrenamtskarte in München in hohem Maße Engagement gefördert würde, dass sich nicht auf die Münchner Stadtgesellschaft bezieht.

Die Auszeichnung „München dankt!“ wird einem größeren Kreis an Engagierten ermöglicht. Auch zeitlich kürzeres bürgerschaftliches Engagement erfährt bei „München dankt!“ Wertschätzung und Anerkennung.

Kostenloser Eintritt ist im Gegensatz zu Ermäßigungen, wie sie über die Bayerische Ehrenamtskarte möglich sind, ein echtes Dankeschön an die Engagierten, bieten die öffentlichen Einrichtungen in München in der Regel ermäßigte Eintrittspreise für die unterschiedlichen Zielgruppen an. Das Gutscheinheft als zusätzliche Wertschätzung bürgerschaftlichen Engagements in München wird von den mit „München dankt!“ geehrten Bürgerinnen und Bürgern sehr positiv aufgenommen.

Die parallele Einführung der Bayerischen Ehrenamtskarte zur bereits bestehenden Anerkennung

Ehrenamtskarte	"München dankt!"/Gutscheinheft
Mindestalter: 16 Jahre	keine Altersbeschränkung
Wohnsitz in München; Engagement auch im Landkreis möglich	beispielhaftes Engagement für die Münchner Stadtgesellschaft
kontinuierlich durchschnittlich 5 Stunden pro Woche (= 260 Stunden pro Jahr)	kontinuierlich 80 Std. pro Jahr, bei Schüler/-innen 50 Stunden pro Jahr
bei Projektarbeit: mindestens 250 Stunden jährlich	bei Projektarbeit mindestens 200 Stunden innerhalb eines Projektes, das nicht länger als zwei Jahre dauert.

Ehrenamtskarte	"München dankt!"/Gutscheinheft
mindestens seit zwei Jahren gemeinwohlorientiert tätig	seit einem Kalenderjahr tätig
in der Regel 3 Jahre gültig (nach drei Jahren erneute Antragstellung nötig)	einmalige Verleihung oder neues Engagement
personalisierte Ehrenamtskarte, nicht übertragbar, Vergünstigungen bei öffentlichen und privatwirtschaftlichen Akzeptanzstellen	Gutscheinheft ist übertragbar und besitzt unbegrenzte Gültigkeit, 10 Gutscheine für einmaligen freien Eintritt in verschiedene städtische Einrichtungen
Anspruchsberechtigte ca. 10.000-15.000 Personen (inkl. privilegierte Bezieher, Stand 2013)	Anspruchsberechtigte: unklar, jedenfalls deutlich mehr, da die Zugangshürde geringer ist.
Bezug Ehrenamtskarte: Rohlinge und Prägung wird vom Freistaat Bayern übernommen; Aufbereitung und Zuleitung der Daten erfolgt durch die Landeshauptstadt	Bezug Gutscheinheft: über die Stadtkanzlei; kein weiterer Bearbeitungsaufwand
Akquisekosten fallen an (z. B. Abschreibeaktionen, Vorstellung bei Verbänden, Verwaltung der Akzeptanzstellen usw.)	Derzeit keine Akquisekosten, da die teilnehmenden Einrichtungen am Gutscheinheft feststehen.

„München dankt!“ ist deshalb auch aus heutiger Sicht in München nicht sinnvoll. Es kann nicht vernünftig gegenüber der Öffentlichkeit kommuniziert werden, dass zwei Auszeichnungen, die sich an eine ähnliche Zielgruppe richten, sich aber hinsichtlich der Voraussetzungen und einiger anderer Merkmale unterscheiden, gleichzeitig vergeben werden.

Darüber hinaus wären für beide Auszeichnungen die entsprechenden Strukturen und Personalressour-

cen vorzuhalten. „München dankt!“ ist die etablierte und akzeptierte Auszeichnung für bürgerschaftliches Engagement in München. Eine parallele Einführung der Ehrenamtskarte wird aus den genannten Gründen als nicht sinnvoll erachtet. (BS)

Den gesamten Stadtratsbeschluss vom 21.06.2015 zur Ehrenamtskarte und „München dankt“ finden Sie hier:

<https://www.muenchen-transparent.de/antraege/3569947> 

Ausschreibung: ‚Mehr Platz für Ihr Projekt‘

Liebe Leserinnen und Leser,
Viele Projekte von denen die Stadtgesellschaft profitiert sind durch ein Ehrenamt getragen. Bürger engagieren sich ohne Bezahlung für die Sache.
Engagieren Sie sich ehrenamtlich oder kennen Sie jemanden/ein Projekt, in dem sich Bürger aktiv am Stadtleben beteiligen?
Wir stellen 2016 jeden Monat ein Projekt in den Standpunkten vor.
Schicken Sie uns eine kurze Projektvorstellung bis 12. Januar 2016 an: info@muenchner-forum.de,
Stichwort: ‚Mehr Platz für Ihr Projekt‘

Sendlinger Straße als Fußgängerbereich – Durchbruch nach fünfzig Jahren!?

Im „Idealplan“ für den Münchner Fußgängerbereich hatte dessen Autor, der renommierte Stadtplaner Jensen, 1965 vorgeschlagen, das gesamte historische Achsenkreuz, das die Identität der Münchner Mitte definiert, vom Hauptbahnhof bis zum Isartor sowie von der Feldherrnhalle bis zum Sendlinger Tor als Fußgängerbereich zu gestalten. Auch der Flächennutzungs-Grundplan der Stadt München von 1974 enthielt dieses Konzept mit leichten Abwandlungen (Tal nicht, dafür Diererstraße und ein weiterer Umgriff des Sendlinger Tors mit der südlichen Herzog-Wilhelm-Straße sowie der Bahnhofsvorplatz). Wenn der Planungsausschuss der Stadt München am 9.12.2015 ein halbes Jahrhundert nach dem Vorschlag seines Gutachters eine versuchsweise Sperrung der Sendlinger Straße beschließen sollte, würde er damit eine sachlich dringend überfällige Entscheidung treffen. Die von einer Initiative „ProSendlingerStraße“ vorgebrachten Einwände richten sich nämlich nicht nur gegen die umfassend verstandenen Belange der Sendlinger Straße, sondern beeinträchtigen die Entwicklung der übrigen Innenstadt und auch der gesamten Stadt München.

Dies wird deutlich, wenn man einmal die Windschutzscheiben-Scheuklappen ablegt. Da wären als erstes die Passanten zu nennen, zu denen leider die Stadt bei ihren Vorbereitungen zum Versuch keine eigenen Erhebungen durchgeführt und auch keine fremden Erhebungen herangezogen hat. Ich selber habe 1993 zur Sendlinger Straße mit Studierenden der Universität Bayreuth an einem Dienstag von 8 bis 18 Uhr Passanten gezählt (Monheim 1995). Damals wurden in der westlichen Sendlinger Straße Spitzenstundenwerte von fast 3.200 und in der östlichen von gut 4.000 Passanten erreicht. Für 2015 liegen Passantenzählungen durch die in Hamburg ansässige Immobilienagentur Engel & Völkers in der westlichen Sendlinger Straße vor. Am Dienstag beträgt das Stundenmittel von 16 bis 18 Uhr 3.531 und am Samstag zwischen 12 und 14 Uhr 5.910 Passanten. Für den Dienstag bedeutet das hochgerechnet etwa 27.200 und für den Samstag 60.000 Passanten zwischen 9 und 21 Uhr. Gegenüber 1993 beträgt der Anstieg am Dienstag gut ein Drittel. Diese Passanten kommen leider in der bisherigen Argumentation überhaupt nicht vor. Es dürfte kaum eine andere deutsche Einkaufsstraße geben, wo ein so großer Passantenstrom zwischen Wällen parkender Autos eingezwängt wird!

Bezüglich des Passantenaufkommens gibt es noch einen weiteren wichtigen Grund für die Aufwertung der Sendlinger Straße, nämlich der Überdruck in der Kaufinger/ Neuhauser Straße. München verkündet zwar immer wieder stolz, dass diese bei Zählungen in ganz Deutschland mit zuletzt stündlich 14.729 Passanten am Samstag Spitzenstellungen erreichen. Tatsächlich hat dieser Rekord schwerwiegende Nebenwirkungen, einerseits durch den Druck auf die immer stärker steigenden Ladenmieten und anderer-



Sendlinger Straße

FOTO: PETER ARNOLD

seits durch die Verärgerung der Besucher, von denen viele bei Befragungen über Hektik und Gedränge klagen. Die Sendlinger Straße erreicht derzeit samstags nur 40 Prozent der Neuhauser Straße.

Dass es auch ganz anders geht, zeigen gleichzeitige Zählungen in Hannover, das nach Engel & Völkers die größte deutsche Fußgängerzone hat. Obwohl Hannover nur gut ein Drittel der Einwohner Münchens zählt, erreicht seine Spitzenlage samstags mit 10.430 Passanten 71 Prozent der Neuhauser Straße. Die zweitwichtigste Straße erreicht in Hannover 94

Prozent, die dritte 72, die vierte 68 und die fünfte 60 Prozent der dortigen Spitzenlage. Damit ergibt sich ein großzügiges Netz differenzierter Geschäftslagen mit jeweils eigenem Profil. Dazu kommt dort ergänzend am Cityrand das moderne ECE-Shoppingcenter Ernst-August-Galerie für die Fans dieses Angebotstyps.

Während zur Erfassung des Passantenaufkommens keine Mittel zur Verfügung standen, hat die Stadt München den fließenden Autoverkehr am Dienstag und die Park- und Liefervorgänge am Dienstag und Samstag erfasst. Von den 58 Stellplätzen der Sendlinger Straße waren am Dienstag 10 und am Samstag 13 durch Dauerparker belegt. Nur 31 bzw. 35

nämlich zunehmend eine Freizeittätigkeit. Und dafür benötigt man nicht nur interessante Geschäfte, sondern auch ein attraktives Umfeld. Genau da bestehen erhebliche Defizite in der Sendlinger Straße, aber auch im anschließenden Hackenviertel, dessen Geschäfte zwar damit werben, „wo München noch münchenerisch ist“, diese Qualität in ihrem Umfeld aber trotz hervorragender Potenziale nicht in Wert setzen können. Ich selber habe 2006 mit Studierenden und Unterstützung des 1. Stadtbezirks Altstadt-Lehel eine umfassende Untersuchung durchgeführt und 2007 veröffentlicht. Die Stadt beschloss 2009 die Vergabe eines Gutachtens zum Hackenviertel. 2010 erteilte sie den Auftrag und diskutierte intern

erste Ergebnisse. 2011 wurde das Gutachten vorgelegt und seine Behandlung im Stadtrat für Herbst 2011 angekündigt. Doch bis heute ist sie verschoben, weil man glaubte, noch genauere Untersuchungen zum Parken in Auftrag geben zu müssen, was ja, wie man weiß – trotz oft schlecht ausgelasteter Parkhäuser – die wichtigste Funktion der Münchner Innenstadt ist.

Durch die Jahrzehnte währende Untätigkeit der politischen Entscheidungsträger, das hervorragende städtebauliche Potenzial der Altstadt konsequent zur Geltung zu bringen, wird der mit der Einführung der Fußgängerzone 1972 erzielte WOW-Effekt weltweiter

Anerkennung der damals neuen Gestaltungsmaßstäbe verspielt. Gerade angesichts ihrer starken Stellung wäre es eigentlich Verpflichtung für die Stadt, wieder eine Führungsrolle zu übernehmen. Mit Nürnberg und Regensburg hat man gute Beispiele vor der Haustüre. International hat Kopenhagen vorgeführt, wie eine konsequente Politik bei der Verkehrsentwicklung und Stadtgestaltung sowohl für das Image als auch für die (postmodern-kreative) Wirtschaft große Vorteile mit sich bringt.

Die Sorgen der Bürgerinitiative ProSendlingerStraße müssen vor dem Hintergrund einer vorurteilsfreien Analyse abgewogen werden. Die Behauptung, die Sendlinger Straße sei „bereits ein öffentlicher Raum – und zwar ein sehr lebendiger, der im Vergleich zu der bereits bestehenden sterilen und rein konsumorientierten Fußgängerzone sehr viel mehr Bürgernähe besitzt“, erscheint angesichts der absolut nicht mehr zeitgemäßen (bzw. überhaupt nicht bestehenden) Aufenthaltsbedingungen für Fußgänger nur aus der Windschutzscheibenperspektive nachvollziehbar. Durch Fußgängerzonen verstärkt steigende Mieten



FOTO: BARBARA SPECHT

Sendlinger Straße: Fussgängerbereich vor der Hofstatt

standen kürzer Parkenden zur Verfügung, die übrigen waren mit Ausnahmegenehmigung oder unter Überschreitung der Höchstparkdauer mehrere Stunden belegt. Bei einzelnen Rundgängen waren bis zu 21 Autos ohne oder mit abgelaufenem Parkschein abgestellt (eine Beobachtung, die wir bereits 1993 bei unseren Erhebungen gemacht hatten). Am Dienstag war bei Rundgängen um 10 und 15 Uhr kein einziger Stellplatz frei, hätte demnach ein in die Sendlinger Straße einfahrendes Fahrzeug dort nicht parken können. Am Samstag waren um 10 Uhr zwei und um 15 Uhr vier Stellplätze frei. Ohne die Dauerparker ergeben sich schätzungsweise 240 Parkvorgänge am Tag. Ihretwegen müssen werktags fast 30.000 und samstags 60.000 Besucher der Sendlinger Straße auf ein heutigen Standards entsprechendes, angenehmes Umfeld verzichten.

Ein wesentlicher Faktor für den Erfolg von Innenstädten und ganz allgemein von Städten ist deren Freizeitwert. Dieser verschafft Wettbewerbsvorteile beim Kampf um qualifizierte Arbeitskräfte, aber auch um qualifizierte Kunden. Einkaufen bildet

sind sicher bedauerlich, aber erstens steigen diese ohnehin und zweitens verstärkt die im Unterschied zu Hannover viel zu enge Konzeption – statt eines qualitativ zeitgemäßen Haupteinkaufsbereichs und eines Netzes von ergänzenden Nebengeschäftslagen (z.B. im Hackenviertel) – im jetzigen Fußgängerbereich gerade die unerwünschten Entwicklungen.

ROLF MONHEIM

Rolf Monheim ist Professor i.R. für Angewandte Stadtgeographie und Stadtplanung an der Universität Bayreuth. Zur Innenstadt hat er zuletzt in den Standpunkten August 2012 („Vom Leuchtturm zum Schlusslicht? 40 Jahre Fußgängerzone“) und September 2013 (Faszination Gehen!? Handlungsbedarf für die Münchner Innenstadt“) ausführlich Stellung genommen. Die Beiträge stehen auf seiner Homepage (www.geo.uni-bayreuth.de/de/mitglieder/emeriti/Monheim) unter „Beiträgen

zu Sammelwerken...“ zum Download zur Verfügung.

Die Ergebnisse von drei Studienprojekten wurden als Arbeitsmaterialien zur Raumordnung und Raumplanung publiziert und sind in einschlägigen Bibliotheken zu finden:

Monheim, R. (Hrsg.) (1995), Verkehrskonzepte für Randlagen von Fußgängerzonen. Verhalten und Einstellungen von Besuchern und Einzelhändlern am Beispiel der Sendlingerstraße in München. Arbeitsmaterialien zur Raumordnung und Raumplanung, H. 143, Bayreuth.

Monheim, R., Holzwarth, M. und Bachleitner, M. (1998), Struktur, Verhalten und Einstellungen der Besucher der Münchner City unter besonderer Berücksichtigung der Auswirkungen der neuen Ladenöffnungszeiten. Arbeitsmaterialien zur Raumordnung und Raumplanung, H. 177, Bayreuth.

Monheim, R. (Hrsg.) (2007), Das Hackenviertel – Münchens traditionsbewußter Einzelhandelsstandort. Arbeitsmaterialien zur Raumordnung und Raumplanung, H. 257, Bayreuth.

Herbst 2015: „Die Theresienwiese wird wieder grün.“ Frühjahr 2015: „Die Theresienwiese soll wieder blühen.“

Unter dem Aufmacher „Die Theresienwiese wird wieder grün“ berichtete die Rathaus-Umschau am 20. November 2015 über eine bemerkenswerte Aktion. Im Auftrag des Referats für Arbeit und Wirtschaft (RAW) wurde eine etwa 45.000 qm große Fläche im Südteil der Theresienwiese begrünt. Entsprechend den fachlichen Angaben des Baureferats wurde die Schotterfläche zunächst aufgelockert und 650 cbm Substrat aufgebracht. Auf den so vorbereiteten Flächen ließ das Baureferat insgesamt 1,5 Tonnen speziellen Schotterrasen aussäen.

Nach Auskunft des Baureferats setzte sich die Rasenmischung zusammen aus 20 Prozent Festuca rubra (Rotschwingel), 40 Prozent Lolium perenne (Deutsches Weidelgras), 38 Prozent Poa pratensis

(Wiesen-Rispengras) und 2 Prozent Achillea millefolium (gemeine Schafgarbe). Es handelt sich um eine Spezial-Mischung für einen sehr widerstandsfähigen Strapazierrasen.

Das ist eine sehr erfreuliche Reaktion des Referats für Arbeit und Wirtschaft auf die symbolische Begrünungsaktion, die am 1. Mai dieses Jahres bei strömendem Regen auf der Theresienwiese stattfand. Unter dem Motto „Theresienwiese – Theresienwüste: Die Theresienwiese soll wieder blühen“ hatten zu diesem besonderen Mai-Ausflug eingeladen: das Münchner Forum – Arbeitskreis Öffentliches Grün – in Kooperation mit den Bezirksausschüssen Isarvorstadt-Ludwigsvorstadt (BA 2), Sendling (BA 6) und Schwanthalerhöhe (BA 8), GreenCity e.V., Urbanes Wohnen



FOTO: ALESSANDRA SCHELLNEGER, AGENTUR-FOCUS

„Die Theresienwiese wird wieder grün“, Aktion Herbst 2015

e.V., Verein Südliches Bahnhofsviertel sowie der Sendlinger Kulturschmiede.

Als aktueller und bürgerschaftlicher Beitrag zur Aufwertung des Wiesen-Charakters wurde eine symbolische Begrünungsaktion „Blühende Theresienwiese“ in einem Teilbereich im Süden des Areals durchgeführt.

Damit sollte unterstrichen werden, dass die Theresienwiese seit Mitte des 19. Jahrhunderts nicht nur wesentlicher Bestandteil des bayerischen Nationaldenkmals ist, sondern auch als öffentlich-historisches Grün für die Freizeit- und Erholungsnutzung der Bürgerschaft, aber auch in Bezug auf die stadtklimatische Funktion unverzichtbar ist. Im Rahmen der bürgerschaftlichen Intervention kamen neben einer speziellen Rasenmischung auch Samen von Wildblumen und Wildgräsern zur Aussaat. Sponsoren der Aktion waren u.a. die Gregor-Louisoder-Umweltstiftung und die Fachfirma Rieger-Hofmann in Blaufelden.

Die großflächige Aussaat-Aktion in diesen Wochen zeigt, dass das RAW mit der Umsetzung der langjährig vorgetragenen Bürgerwünsche ernst macht. In den Jahren 2011/2012 verfolgten die Bezirksausschüsse 2, 6 und 8 in Kooperation mit dem Münchner Forum verstärkt das Ziel, die Theresienwiese unter Einbeziehung des Bavariaparks als



Maiausflug mit Sähaktion des AK Öffentliches Grün

FOTO: FRITZ WICKENHÄUSER

Grün-, Erholungs-, und Freizeitfläche aufzuwerten. Der Münchner Stadtrat hatte im Oktober 2013 die fundiert begründeten Anträge der Bezirksausschüsse behandelt und der Verwaltung entsprechende Aufträge zur Aufwertung der Theresienwiese erteilt.

„Im Frühjahr wird der Südteil der Theresienwiese in frischer Pracht die Münchnerinnen und Münchner zur Freizeitnutzung einladen“: So ist in der Rathaus-Umschau vom 20. November 2015 zu lesen. In diesem Sinne ist von Seiten des Münchner Forums ins Auge gefasst, zusammen mit seinen Kooperationspartnern zu einem „Lokaltermin“ im Sinne eines Frühlingsspaziergangs im Frühjahr 2016 einzuladen.

KLAUS BÄUMLER

Veranstaltungsbericht

Wer finanziert den ÖPNV in Zukunft?

Zum bereits vierten Mal haben der BN (Bund Naturschutz) und der Arbeitskreis Attraktiver Nahverkehr (AAN) im Münchner Forum am Donnerstag, den 22. Oktober 2015, an der TU München den Nahverkehrskongress abgehalten. In diesem Jahr drehte sich alles um die Finanzierung des ÖPNV. Zwar hatten sich der Bund und die Länder vollkommen überraschend auf eine Verlängerung des bis 2019 laufenden Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetzes (GVFG) im Rahmen des Flüchtlingsgipfels geeinigt, aber die konkrete Ausgestaltung fehlt noch.

Dr. Astrid Karl von KCW (Strategie- und Managementberatung für öffentliche Dienstleistungen), zeigte auf, wie komplex und vielschichtig sich die derzeitige Finanzierung darstellt und beschrieb eine mögliche Neuordnung. Der Verkehrsexperte

des BUND, Dr. Werner Reh, forderte die Politik auf, in Zukunft Ziele bei der Verkehrsfinanzierung genauer zu benennen. Aus seiner Sicht muss sich eine Investition in Bau oder Betrieb z.B. an höheren Fahrgastzahlen messen lassen. Sebastian Röhrig von der Obersten Baubehörde des bayerischen Innenministeriums wünschte sich zwar wie Karl und Reh eine große Reform der Verkehrsfinanzierung, erinnerte aber daran, dass vor allem die Länder schon froh seien, dass das GVFG jetzt überhaupt verlängert wurde. Politisch realistisch sei es, mit den bisherigen Finanzinstrumenten weiter zu planen. Der große Wurf sei mit der kurzfristigen Verlängerung des GVFG erst mal vom Tisch. Seine Behörde bemühe sich, mit den vorhandenen Mitteln das Beste für den Fahrgast zu erreichen.

DOMINIK LYPP, ARBEITSKREIS ATTRAKTIVER NAHVERKEHR

„Brücken-Allianz Giesinger Berg“ im Münchner Forum gegründet

Am 28. Oktober 2015 fand in der Geschäftsstelle des Münchner Forums die Gründungsversammlung der „Brücken-Allianz Giesinger Berg“ statt. Eingeladen hatte der Arbeitskreis Öffentliches Grün im Münchner Forum e.V. Das Ziel dieses losen Zusammenschlusses ist es, die bürgerschaftlichen Kräfte zu bündeln, um den wichtigen Brückenschlag am Giesinger Berg im politisch-administrativen Kontext voranzubringen.

Die Verknüpfung des Fuß- und Radwegsystems im Bereich Giesinger Berg hat hohen Rang für die gesamte östliche Isarhangekante zwischen Oberföhring und Großhesselohe. Die erleichterte und erheblich sichere Erreichbarkeit der wichtigen und traditionellen Münchner Erholungsbereiche entlang der östlichen Isarhangekante Richtung Süden Harlaching – Großhesselohe – Grünwald ist für Fußgänger und Radler ein besonderer städtebaulicher Gewinn. Dies gilt auch für die Alltags-Radler auf dem Weg zu ihrer Arbeit. Mit der Weiterentwicklung des Paulaner-Quartiers durch den Bebauungsplan Nr. 2076 erhält der angestrebte Brückenschlag über den an dieser Stelle mehr als zehnspurigen Giesinger Berg von der Giesinger Kirche zur Lutherkirche hohe Priorität. An der Gründungsversammlung haben u.a. teilgenommen Vertreter von GreenCity e.V., ADFC München e.V., des Bezirksausschusses Au-Haidhausen, der Initiator des Brückenprojekts Mathias Rajmann und Mitglieder des AK Öffentliches Grün. Weitere Institutionen haben bereits ihre Mitarbeit und Unterstüt-

zung zugesagt. Die tz (Redakteur Sascha Karowski) hat in ihrer Ausgabe vom 9. November ausführlich über die Gründung der Brückenallianz berichtet.

Nach dem derzeitigen Sachstand wird das Planungsreferat im Frühjahr 2016 einen stadtweiten Prioritätenkatalog für die Fortentwicklung des Rad- und Fußwegnetzes durch Brückenbauwerke vorlegen. Diesen Auftrag hatte der Bauausschuss bereits 2009 dem Planungsreferat erteilt.

Die Brückenallianz Giesinger Berg hat es sich zur Aufgabe gemacht, die besondere Bedeutung des Projekts, das durch eine beispielhafte bürgerschaftliche Intervention durch Mathias Rajmann schon vor Jahren auf den Weg gebracht wurde, für die anstehenden Entscheidungen im Stadtrat herauszuarbeiten.

KLAUS BÄUMLER

Weiterlesen: Stellungnahme des AK Öffentliches Grün im Rahmen des Bebauungsplanverfahrens Nr. 2076 sowie der Exkursionsbericht in der Ausgabe Standpunkte vom Juli 2015.

Ankündigung

Münchner Abreisskalender

Vor 30 Jahren ist Dieter Kleins erster „Münchner Abreisskalender“ erschienen, mit fotografischen Gegenüberstellungen von abgerissenen Bauten und ihren Nachfolge-Objekten am selben Ort oder von Abriss-gefährdeten Bauten.

Das Titelbild des aktuellen Abriss-Kalenders 2016 zeigt den Münchner Hauptbahnhof, der bereits 1986 als Monatsbeispiel diente. Sein Abriss und Neubau ist gegenwärtig wieder im Gespräch. Der damals noch relativ neue Hauptbahnhof wurde dem Foto von den Ruinen des alten Bürklein-Bahnhofes gegenübergestellt. Dem Betrachter bleibt es überlassen, die Stadtbildveränderungen oder die Entwicklung der

Architektur zu beurteilen. Der Kalender ist online im Shop unter www.munichbooks.com und beim Münchner Forum unter info@muenchner-forum.de erhältlich. Der Verkaufspreis beträgt 13,50 € zzgl. Versandkosten.



Das Münchner Forum sucht zum 1. Februar bzw. 1. März 2016 eine/n engagierte/n und kooperative/n Mitarbeiter/in der Geschäftsstelle

Die Stellenausschreibung finden Sie hier:

<http://forummuenchen.de/2015/11/18/stellenausschreibung-teilzeitkraft-gesucht/>

Interessenten wenden sich mit einer kurzen Selbstdarstellung bitte an die Geschäftsstelle des Münchner Forums, Schellingstr. 65, 80799 München, Tel. 28 20 76, Email: info@muenchner-forum.de.

Konzertsaal-Debatte geht in die Schlussgerade

Noch vor Weihnachten will der bayerische Kultusminister Ludwig Spaenle eine Grundsatzentscheidung über den Standort eines neuen Münchner Konzertsaals vorlegen. Dass ein solcher Saal gebaut wird, war für Spaenle auf einer Podiumsdiskussion zum Standort Paketposthalle am 15. November keine Frage mehr. Offen war nur noch, wo sie entstehen soll: unter dem 145 Meter weiten Dach dieser Halle oder im sogenannten Werksviertel am Ostbahnhof. Werksviertel-Manager Werner Eckart verbreitet in der Öffentlichkeit den Eindruck, er habe für diese Entscheidung die besseren Karten. Bei einem Vor-Ort-Termin des Münchner Forum-Arbeitskreises Kulturbauten mit dem Architekten Joachim Jürke am 27. November zeigte sich jedoch, dass dies so eindeutig nicht ist. Auch für den Standort Paketposthalle sprechen klare Vorzüge, die in der Öffentlichkeit noch nicht verbreitet sind. Hier der aktuelle Vergleich.

Der Freistaat hat die Verpflichtung übernommen, ein dreifaches Maßnahmenpaket umzusetzen. Erstens wird er dem Rundfunk-Symphonieorchester einen Saal für mindestens 1.800 Zuhörer bauen, vielleicht auch für 2.300; das entspricht der Größe der Philharmonie im Gasteig. Zweitens finanziert er einen Kammermusiksaal für grob gerechnet die halbe Zahl an Zuhörern und drittens rund 3.000 Quadratmeter für einen zweiten Standort der Hochschule für Musik und Theater, die ihren Hauptstandort im sanierungsbedürftigen früheren sog. Führerbau am Königsplatz auch künftig behält. Wenn möglich soll der Konzertsaalbau auch den Philharmonikern als Interims-Unterkunft dienen, wenn ab 2020 der Gasteig saniert wird...

GERNOT BRAUER

Den gesamten Artikel finden Sie hier:

<http://forummuenchen.de/blog/>

Vorstellung und Diskussion des Konzepts „Resonanz“

Konzertsaal Paketposthalle?

Sonntag | 15. November | 20 Uhr
Backstage WERK | Reitknechtstr. 6
direkt neben dem geplanten Konzertsaal-Standort an der Friedenheimer Brücke

Dr. Ludwig Spaenle
bayernischer Kultusminister

Andrea Gebhard
mahi gebhard konzepte

Diskutieren Sie mit!

• Veranstalter: CSU, RP und SPD Ortsverband Neuaugarten, Nymphenburg •
• CSU Fraktionen im Bezirksausschuss Neuaugarten/Obereisinger und Maxvorstadt • CSU Kreisverbände München, Nordwest und Mitte •
• CSU Ortsverbände Laim-See, Leim-Weid, Giesl, Neubausen, Neubausen-Oberwiesfeld, Pasing, Obermenzing/Giesl, Untermenzing/Moosach,
Schwabthelmstraße • 20 Konzerthäuser München West, Nord-West und Mitte • VPO e.V. • Verein der Freunde Neubaustadt e.V. • CSU

FOTO: KLAUS BÄUMLER